

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 48.

Donnerabend, den 26. Februar 1910.

21. Jahrgang.

Das Resultat der Breslauer Gewerbegerichtswahl.

„Die Breslauer Arbeiter stehen im Lager der freien Gewerkschaften!“ Mit dieser Versicherung schloß der kurze Aufruf, den wir vor einigen Tagen für die Gewerbegerichtswahlen veröffentlichten. Gestern Donnerstag haben diese Wahlen nunmehr stattgefunden und sie ergaben eine glänzende Bestätigung dieser unserer Behauptung. Der erste Versuch, von christlicher oder Hirsch-Duncker'scher Seite eine erhebliche Schar von Arbeitern bei dieser geheimen Wahl um ihre Stimme zu sammeln, ist total mißglückt, ihre Stimmenzahlen sind so unbedeutend, daß sie selbst zu ihren eigenen Mitgliederzahlen in einem starken Minderverhältnis stehen. Es wurden abgegeben für die einzelnen Listen:

Freie Gewerkschaften	7928 Stimmen
„ des Kartell	610 „
Hirsch-Duncker'scher Gewerbeverein	408 „

Eine ganz klotzige Majorität der Breslauer Arbeiter hat also für die freigewerkschaftlichen Beisitzer entschieden und besonders das Resultat des christlichen Kartells, das sich mit katholischen Arbeitervereinen und evangelischen Arbeitervereinen verbündet hatte, ist geradezu ärmlich ausgefallen. Es werden bei den Arbeitnehmern 45 Beisitzer aus den freien Gewerkschaften, 2 aus den H.-D. Gewerbevereinen und 4 aus der christlichen Liste entnommen.

Aber auch unter den Arbeitgebern, unter den Handwerksmeistern hat die Liste, die unsere Gegner die sozialdemokratische nannten, sehr beachtenswerte Erfolge errungen. Hier wurden abgegeben für die

Innungskliste	408 Stimmen
Freie Gewerkschaftsliste	134 „

25 Prozent der Arbeitgeber stimmten für die sozialdemokratische Liste, das heißt, auch von den Arbeitgebern entfallen 13 Beisitzer auf unser Lager!

Die Proportionalwahl wurde eingeführt, um den Einfluß der freien Arbeiterschaft beim Gewerbegericht zu vergrößern. Wir sollten nicht mehr die ganze Hälfte, nämlich 51 Sitze der Beisitzer aus unseren Reihen stellen. Was ist das Resultat? Wir erhalten

aus der Reihe der Arbeitnehmer	45 Sitze,
„ „ „ „ Arbeitgeber	13 „
zusammen 58 Sitze.	

Also sieben Sitze mehr als wir bei jeder anderen Form der Wahl jemals erringen konnten!

Sie wollten es böse mit uns gestalten und sie haben es gut gemacht. — Die Frage, wo die Mehrheit der gewerblichen Bevölkerung Breslaus steht, die Frage ist gelöst.

„Die Breslauer Arbeiter stehen im Lager der freien Gewerkschaften“ — das werden nun wohl auch unsere Gegner nicht mehr anzweifeln.

Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat am Donnerstag die erste Lesung der Vorlage zu Ende geführt. Gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, und zwar mit 19 gegen 9 Stimmen wurde beschlossen, im Gegensatz zu den Urwahlen, bei denen geheim abgestimmt werden soll, die Wahl der Abgeordneten öffentlich vorzunehmen. Die übrigen Bestimmungen der Vorlage wurden unter entsprechender Einfügung der durch die Verabschiedung der indirekten Wahl notwendigen Änderungen angenommen.

§ 23 wurde in folgender Fassung angenommen: „Der gewählte Abgeordnete muß sich über die Annahme oder Ablehnung der Wahl gegen den Wahlkommissar erklären. Eine Annahmeerklärung unter Protest oder Vorbehalt, sowie die Nichtabgabe einer Erklärung können einer Woche von der Zustellung der Benachrichtigung über die Wahl an gerechnet, gilt als Ablehnung.“

§ 25 gelangte in folgender Fassung zur Annahme: „Wer die in den Wähler- oder Abteilungslisten enthaltenen Angaben über die Steuer- oder Einkommensverhältnisse eines Wählers zu anderen als Wahlzwecken öffentlich verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.“ Also auch der Schutz der Steuerbefrauenten ist angenommen.

Die zweite Lesung soll Donnerstag den 3. März stattfinden. Dabei soll auch die Frage entschieden werden, welche Teile des Gesetzesentwurfes unter den Schutz der Verfassung zu stellen sind.

Im Abgeordnetenhaus besteht ferner die Absicht, die Wahlrechtsvorlage, die nach den neuen Dispositionen in der Kommission etwa am 10. März fertiggestellt sein wird, und über die dann schriftlich Bericht erstattet werden soll, bereits am 14. März im Plenum zur zweiten Lesung gelangen zu lassen. Man hofft, die zweite und dritte Lesung noch vor der Osterpause zu erledigen und wird damit rechnen, daß die dreiwöchige Frist, die gesetzlich bei Abänderung der Verfassung vor der nochmaligen Beratung der Vorlage verstreichen muß, in die Osterpause fällt, so daß unmittelbar nach Ostern die endgültige Beratung der Vorlage im Abgeordnetenhaus und die Überweisung an das Herrenhaus erfolgen kann.

Aus der Wahlrechtsbewegung.

Das Reichstagswahlrecht und die Freikonservativen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus unternahm bei der Wahlrechtsdebatte der freikonservative Führer, Freiherr v. Zedlitz, einen Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht, indem er gegen den Zentrumsredner Herold ausführte:

„... Daß das Reichstagswahlrecht seine großen Schattenseiten hat, und daß vielleicht auch die Stunde kommt, in der man vor die Frage gestellt wird, ob Reich oder Reichstagswahlrecht.“

Zedlitz wurde wegen dieser offenkundigen Feindseligkeit gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ziemlich heftig angefaßt und da sich sein Parteigenosse Fürst Hatzfeldt im Reichstage auch dahin ausgesprochen hatte, daß das Reichstagswahlrecht nur so lange unangefastet bleiben solle, als nicht eine unerwünschte Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage zugunsten der Opposition dadurch herbeigeführt werde, unternimmt Freiherr v. Zedlitz jetzt im „Tag“ (Nr. 45 vom 23. Februar) eine Rechtfertigung der freikonservativen Anschläge. Er schreibt:

„Was einschneidend die Reichstagswahlen von 1903 hat die Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl an Wahlstimmen rasch zugenommen. Die Unterbrechung dieses Steiges durch die Wahlen nach der letzten Reichstagsauflösung war vorübergehender Natur, die rote Welle, welche die Signatur aller Nachwahlen bei der Reichsfinanzreform trägt, läßt erkennen, daß man jetzt mit einer noch stärkeren Vordrängbewegung der Sozialdemokratie zu rechnen hat, als selbst vor 1903. Galt die rote Hochflut an, so ist zu erwarten, daß nach den nächsten allgemeinen Wahlen die Sozialdemokraten in größerer Zahl in den Reichstag einzuziehen werden, als je zuvor. Geht diese Entwicklung weiter, so ist es sehr wahrscheinlich, daß Sozialdemokraten, Polen und Dänen der Mehrheit nahe kommen. ... selbst eine vorübergehende Mehrheit solcher Elemente im Reichstage würde eine ernste Gefahr für den sicheren Bestand des Reiches bedeuten. Der Moment, wo man vor die Wahl gestellt wäre, ob Reich oder Reichstagswahlrecht, würde also gekommen sein, wenn die Sozialdemokratie so stark zugenommen hätte, daß mit der Möglichkeit einer sozialdemokratisch-polnischen Mehrheit gerechnet werden müßte. ... Dann wird man dem Beispiele Sachsens und Hamburgs folgen und das Reichstagswahlrecht so ändern, daß die Stimmen nicht mehr bloß gezählt, sondern auch gewogen werden. Wer glaubt, daß eine solche Veränderung des Reichstagswahlrechts niemals vom Reichstage zu erlangen sein würde, übersteht die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht zu machen waren. Diese sind durchaus auf das Wort gestimmt: „Nolite hoc fecerit!“ Nicht bloß Sachsen und Hamburg, sondern auch Nordriß, Kiel und andere schleswig-holsteinische Städte, lehnen, daß man, wenn erst die sozialdemokratische Hochflut bis zum Munde steigt, unbetört durch Prinzipien und Parteiprogramme, entschlossen nach dem Rettungsauf einer Wahlrechtsänderung greift, welche die sozialdemokratische Hochflut einzudämmen geeignet ist. Daß es eine solche Wendung im Reiches wesentlich erleichtert wird, wenn man in Preußen Konzeptionen auf dem Gebiete des Wahlrechts in die Waagschale werfen kann, habe ich wiederholt im Abgeordnetensaule, wie in der Presse dargelegt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es vielleicht ganz nützlich, bei der jetzt schwebenden Wahlreform sich noch einige Reserven zu bewahren.“

Zedlitz sieht ein, daß eine Veränderung des Reichstagswahlrechts „dem Reiche gefährliche Krisen oder doch Erschütterungen“ bringen werde, deshalb geht sein Rat an die, die den Wahlrechtsraub vermeiden und damit „gefährliche Krisen“ vermeiden wollen, dahin, sich wie 1907 zu einem Anti-Sozialistenblock zusammenschließen. Und wenn trotzdem die „sozialdemokratische Hochflut“ steigt? Dann kommt eben der Wahlrechtsraub — wenn das Volk ihn sich gefallen läßt.

Ein Türke über Preußen.

Der preussische Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg hat bei der Begründung seiner „Wahlrechtsreform“ das Wort gesprochen, daß es „Sitte geworden ist, Preußen als das Land der finsternen Reaktion hinzustellen“, und daß dieses „Despote auch im Ausland als ein lebendiges Wesen angesehen wird“. Das trifft allerdings zu, wie eine an die Herausgeber der „Deutsch-asiatischen Korrespondenz“ von einem jungtürkischen, deutschfreundlichen gefannten Offizier gerichtete Zuschrift beweist. Darin heißt es:

„Mein und meiner Kameraden aufrichtiger Wunsch geht dahin, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei immer freundschaftlicher und fester sich gestalten, im wirtschaftlichen und politischen Interesse beider Länder. Eine große Schwertgeißel ist aber das Vorurteil, das unsere Freunde im Komitee für Einheit und Fortschritt, besonders die aus Saloniki, gegen Deutschland haben. Unter dem Regime des Sultans Abdul Hamid haben sie vielfach in der Verbannung leben müssen; sie konnten das nicht in Deutschland tun wegen der damaligen Verbindung der deutschen Politik mit Sultan Abdul Hamid; so mußten sie meist in England oder Frankreich freie Zucht suchen und finden. Dort haben sie den französischen Parlamentarismus und den englischen Konstitutionalismus kennen gelernt, und leider zugleich auch die deutschen Verhältnisse nur durch die Hilfe der englischen und französischen Kritik beurteilen gelernt. Heute sind sie in Konstantinopel selbst Parlamentarier und Ministerbeamte; und heute noch beharren sie dem gottfreundlichen England und Frankreich und ihren freibürgerlichen Institutionen politische Sympathien, die jetzt England und Frankreich zu gute kommen. Deutschland beurteilen meine Landsleute vielfach nur nach Preußen. Die Offiziere, die wir im württembergischen Oberamt und Stuttgart so gut wie zu Hause sind, wie in Berlin, kennen die Unterliebe, aber unsere jungtürkischen Politiker wissen nicht. Ein Hauptverbrechen ist gegen Deutschland ihr Preußenwahlrecht, das als die deutsche Gesamtregierung

ausgespielt wird, so daß Deutschlands innere Politik im Urteil bei unseren jungtürkischen Gesinnungsgenossen gleich hinter der Russland bewertet wird, unter Hinweis auf die Abhängigkeit, in die Ihre öffentliche Wahl jeden Bürger bringe, und wegen der Ungerechtigkeit, die in Ihrer Klassenstellung liegt. Sie werden vielleicht sagen, Deutschland sei nicht Preußen und all das sei eine Uebertreibung oder Entstellung. Das wesentlichste ist aber, daß dieses Urteil besteht, und daß dies Deutschland bei uns in der öffentlichen Meinung sehr schadet. Die Mohammedaner denken und empfinden durch unseren Sektendemokratismus. Und das Prestige einer modernen Staatsverfassung wird gerade in unserer neuen Türkei als eines jener „Impponderablen“, von denen einmal Ihr größter Staatsmann, Bismarck, gesprochen hat. Solche Prestigeopfer verleiht England jetzt auszunutzen gegen Deutschland, und das behauern wir alle, die wir eine deutsch-türkische Freundschaft wünschen.“

Neue Demonstrationen.

Die demokratische (Christliche Volkspartei), die neue demokratische und die sozialdemokratische Partei in Frankfurt am Main wollen nächsten Sonntag Nachmittag eine gemeinsame Demonstration gegen die Wahlrechtsvorlage unternehmen. Es ist zunächst eine gemeinsame Massen-Versammlung auf dem Gebiet der Hundswiese geplant. Von jeder Partei soll ein Redner zu Worte kommen; anschließend daran soll ein Demonstrationsszug nach der Stadt erfolgen. Heute Abend findet eine Versammlung der Vertreter der obgenannten Parteien statt, die über diese Demonstration bestimmt beschließen soll.

Die Städte und die Wahlreform.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung in Frankfurt am Main lagen zwei Anträge zur Wahlrechtsvorlage vor, von denen der eine von den Sozialdemokraten und der andere von den bürgerlichen Parteien eingebracht worden war.

Beide Anträge bezwecken eine Eingabe an den Landtag, wurden jedoch zurückgezogen, weil Oberbürgermeister Adickes erklärte, der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß politische Fragen in den Stadtverordneten-Versammlungen nicht zu erörtern seien. Dagegen wurde mit allen gegen die Stimmen der Nationalliberalen und einiger Vertreter der Mittelstandspartei eine Erklärung angenommen, welche behauptet, daß der Magistrat im Gegensatz zu Berlin und anderen Städten im weitesten Sinne jeder Eingabe beizutreten, die sich für die Einführung der geheimen, gleichen und unmittelbaren Stimmabgabe, sowie für eine Neueinteilung der Wahlkreise ausspricht. Diese Erklärung soll beiden Häusern des Landtages mitgeteilt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung in Solingen beschloß auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, dem Abgeordnetenhause eine Petition auf Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu überreichen, da die Vorlage weder die neue Wahlkreiseinteilung, noch die Befestigung der Klassenwahl bestätige.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Magdeburg lehnte den freisinnigen Antrag, dem Magistrat zu ersuchen, beim Abgeordnetenhause um Ablehnung der preussischen Wahlrechtsvorlage zu petitionieren, ab. Männerholz vor Königschronen!

Politische Ueberflucht.

Moltke, der Geprügelte. Ein sehr ehrenvolles Zeugnis hat der freikonservative Graf Moltke im preussischen Abgeordnetenhause der Sozialdemokratie und ihrer Presse ausgestellt — natürlich unfreiwillig, denn wenn Graf Moltke und seine Sippe uns absichtlich und freiwillig loben würden, so würden wir das nicht als eine Anerkennung, sondern als eine unverdiente Kränkung empfinden. Der Herr Graf sagte:

Die Polizei soll prügeln, meint Dr. Liebknecht. Es mögen einige Fälle vorgekommen sein, in denen die Polizei eingegriffen hat. Das ist das aber gegen die gewohnheitsmäßige moralische Durchprügung, die Sie (zu den Sozialdemokraten) seit 30, 40 Jahren am deutschen Volke vollziehen. Diese ethische und moralische Durchprügung, die sich leider ein großer Teil unseres Volkes in erbarmungswürdiger Weise von Ihrer Revolverpresse gefallen läßt, ist tausendmal schlimmer, als wenn die preussische Polizei gewohnheitsmäßig prügeln würde.

Graf Moltke sieht also in den Säbelhieben, mit denen preussische Polizisten wehrlose Frauen und Kinder aus dem Volke traktieren, die Vergeltung für die moralischen Züchtigungen, die die Junkertypen „erbarmungswürdiger Weise“ von der sozialdemokratischen Volkspresse zu erleiden hat. Als Philosoph der gottgegebenen Abhängigkeiten stellt er sich damit noch eine Stufe über Herrn v. Bethmann-Hollweg. Man mag nun dem Grafen Moltke zugeben, daß die sozialdemokratische Kritik ihn und seine Angehörigen schärfer trifft, als körperliche Schläge sie treffen könnten, insoweit mag also sein Vergleich ganz zutreffend sein. Graf Moltke überflieht nur, daß die sozialdemokratische Presse keinen moralisch prügelt, der es nicht verdient hat; und wenn er sich nachher unter Wegesfreiheit die Wade küßt, so verrät er sich nur selbst. Graf Moltke wird also gut tun, sich etwas stiller zu verhalten, sonst würde er als ein Mensch, der unter dem Schutz der Immunität feige und sinnlose Verleumdungen auszusprechen magt, noch ganz andere moralische Schläge zu bescheiden haben, als jene, über die er sich jetzt schimpfend beklagt.

Die Frankfurter Polizeischlacht vor Gericht. In bürgerlichen Blättern war kürzlich die Rede von einem Verfahren gegen den Frankfurter Polizeikommissar Dr. G. am 18. und 17. Februar verhaftet. Donnerstag habe sich mit der erste der Verhafteten, der Schreiber Dr. G., vor dem Straf-

haltung dieses Menschen durch die Schulente, die ihn mitten durch die erregte Masse der Demonstranten zum Polizeipräsidium schleppen, gab den ersten Anlaß zu den blutigen Ereignissen vom vorigen Donnerstag. Die Anklage wegen Landfriedensbruchs mußte aber (wenigstens bei diesem Verhafteten) fallen gelassen werden, er hatte sich nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten, den er bei seiner Verhaftung geleistet haben soll.

Der Prozeß endete mit einer vollständigen Blamage der Polizei. Der Staatsanwalt hatte gegen Herzog sechs Monate Gefängnis beantragt wegen Widerstandes und vier Wochen Gefängnis wegen groben Unfugs. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe, wovon 30 Mark durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. Ferner wurde sofortige Haftentlassung angeordnet. Der Verteidiger Dr. Sinzheimer hielt ein glänzendes Plädoyer, in dem er darauf hinwies, daß die Polizei ganz allein schuld gewesen sei an all den blutigen Vorgängen, die sich auf der Zell ereigneten. Höhere Polizeibeamte waren bei der Verhandlung zahlreich vertreten und mußten mit anhören, wie das Gericht über ihre Taten urteilte.

Die Angst, die Angst! Obwohl die „Freisinnige Zeitung“ schon einmal betont hat, daß der Abgeordnete Goldschmidt die Neukörung über Beteiligung kirchlicher Gewerkschaften an einem Massenstreik fürs Wahlrecht nicht getan hat, kommt sie in ihrer neuesten Nummer noch einmal darauf zurück. Sie schreibt im Briefkasten:

Auzendorf. Wir haben bereits in unserer Dienstag-Nummer die Falschmeldung demontiert, wonach Goldschmidt in der freisinnigen Berliner Protestversammlung am vorigen Sonntag gesagt haben soll, die Mitglieder der kirchlichen Gewerkschaften würden sich zur Erzwingung des Reichswahlrechts am Generalstreik beteiligen. Zwischen hat Goldschmidt auch an die „Magd.“ eine Verichtigung geschickt, in der er mitteilt, daß an der Sache kein wahres Wort sei. Er habe in seiner Rede die kirchlichen Gewerkschaften auch nicht mit einem einzigen Worte erwähnt, geschweige denn, daß er in ihrem Namen eine so unheimliche (!) Erklärung abgegeben hätte. Zudem sei er grundsätzlich Gegner des Generalstreiks an sich und ganz besonders sei er gegen seine Anwendung zu einem politischen Zweck. Die „Magd.“, die ebenfalls die falsche Nachricht reproduzierte, ist, wie mehrere andere Blätter, das Opfer eines gewissenlosen Reporters geworden, der übrigens noch nicht Sühne gefunden hat, seinen unwahren Bericht zu widerrufen.

Was ist es, das einen freisinnigen Mann zu solch armseligen Verwahrungen veranlaßt? Die Angst, daß seinen Eisenbahn- und sonstigen Gewerkschaften die hohe behördlichen Gunst entzogen wird. In dem Weltstreit zwischen Liebedienerei und Mut unterliegt bei diesen Freisinnigen allemal der Mut!

Die Arbeitervereinsagitation in der Wahlprüfungs-Kommission. Zur Prüfung stand die Wahl des Abgeordneten Wehl (nationalliberal) im Wahlkreis Celle-Beine-Sißera. Die Kommission beschäftigte sich mit dem gegen die Wahl vorliegenden Protest, hauptsächlich aber mit der Wahlbeeinflussung durch die Arbeitervereine. Die Vorliegenden der Arbeitervereine haben in Vereinsversammlungen für Wehl in der bekannten Weise, die den Statuten der Vereine widerspricht, agitiert. Angestellte Erhebungen und die in der Kommission vorliegenden Statuten verschiedener Arbeitervereine bestätigten, daß Politik von der Tätigkeit der Vereine ausgeschlossen sein sollte. Die Statuten sind mit behördlicher Genehmigung festgestellt worden. Trotzdem wurden Vereinsfestungen und Versammlungen zur Wahlagitation für Wehl benutzt. In der Kommissionsberatung traten Konservativ- und Nationalliberale der Anschauung entgegen, daß diese Tätigkeit als amtliche Beeinflussung zu betrachten sei.

Mit sechs gegen fünf Stimmen erklärte jedoch die Kommission diese Agitation als amtliche Wahlbeeinflussung. Die Freisinnigen waren gespalten; einer stimmte mit Nein, das andere Mitglied enthielt sich der Abstimmung, obgleich in der Kommission darauf hingewiesen war, daß früher die Freisinnigen im Reichstage die schärfsten Gegner der üblichen Arbeitervereinsagitation waren.

Ferner wurde festgestellt, daß der Bundesvorsitzende der Arbeitervereine für Nord-Hannover in der Generalversammlung dieser Vereine für Wehl agitiert und Reden gehalten hatte.

den, das sich gegen Wehlen und Sozialdemokraten und für den nationalliberalen Kandidaten aussprach. Die Kommission erklärte mit 8 gegen 4 Stimmen dies als eine unzulässige Agitation des Bundesvorsitzenden.

Die Berechnungen, welche die Referenten aufstellen lassen, werden bestimmt ergeben, daß ohne die Verträge bei der Wahl nicht der Nationalliberal, sondern der Sozialdemokrat in Stichwahl mit dem Wehlen gekommen wäre. Die Wahl hätte dann also für unglücklich erklärt werden. Die endgültige Entscheidung der Kommission wurde noch ausgesetzt.

Im Reichstag nahm am Donnerstag die sozialpolitische Generaldebatte ihren Fortgang. Antikrist Werner sammelte über die allerhöchsten Verordnungen, die bei W. und W. Wehr in Einklang bringen; der glaubwürdige Schreinermeister G. B. in vom Zentrum flagte über schlechte Handwerkerlöhne und der nationalliberale Senator K. B. aus der Westfäl. Eindele trieb in seiner Art Mittelstands-politik mit liberalerem Einschlag, wobei er ein paar ziemlich kräftige Wendungen gegen preussisches Wahlrecht und Schenkungssteuer anbrachte. Der Freisinnige C. A. K. begann seine Ausführungen sehr arbeitervreundlich, um im weiteren Verlauf den sozialpolitischen Wandel immer mehr zurückzuführen, bis zuletzt der schärfste Sozialpolitiker in seiner ganzen schönen Redeweise dastand. Genosse H. H. ging der Rede die Spitze an und nannte die bürgerliche Sozialpolitik, mag sie von den Parteien oder vom gelassen Delibütisch aus betrieben werden, beim rechten Namen. Er wies nach, daß alles, was in der Sozialpolitik erreicht worden ist, allein der organisierten parlamentarischen und beruflichen Macht des proletariats zu verdanken ist. Nach einer ziemlich langen Rede über die Verbindung in der Form, der Sache nach auf die Proklamierung des Dreiklassenwahlrechts in der Sozialpolitik brandstiftete, verlas er das Haus sich am Freitag 12 Uhr.

Der Jugendzwang vor dem hayerischen Landtage. Die Kammer der Abgeordneten verhandelte über die Interpellation der Sozialdemokraten und Liberalen, betreffend das Jugendzwangsverfahren in Nürnberg, wo in einem Disziplinärverfahren gegen einen Postsekretär durch die die Verwaltung führenden Beamten der Verkehrsverwaltung gegen einen Rebellanten und gegen einen Postbeamten der Jugendzwang angewandt worden ist. Nachdem Abg. S. H. H. (Soz.) und Q. U. (Lib.) die Interpellation begründet hatten, betonte der Verkehrsminister v. Auzendorf, in das gegenwärtig schwebende Verfahren könne die Regierung nicht eingreifen. Wenn es abgeschlossen sei, werde sie in allen Reflexen eine Verfügung, ähnlich der des Justizministers, erlassen, wonach vom Mittel des Jugendzwanges ein vorläufiger Gebrauch gemacht werden und die moralische Schwereigepflicht berücksichtigt werden soll. Zur vollständigen Beseitigung des Jugendzwanges im Disziplinärverfahren könne die Regierung nicht die Hand bieten, da sie gewisse Zwangsmittel im Disziplinärverfahren nicht entbehren könne. Das Reaktionsgeheimnis dürfe sich nur auf den Reaktionsbezirk beziehen, nicht auf den Beamten, der für sein außerordentliches Verhalten verantwortlich ist. In der Besprechung der Interpellation wurde von den Rednern aller Parteien die Abschaffung des Jugendzwangsverfahrens gegen Rebellanten und ein möglichst vorsichtiger Gebrauch bei Disziplinärverfahren verlangt.

Bäuerliche Fürsorge eines Amtsvorstehers. In Thale (Hr.) wollte der sozialdemokratische Frauenverein einmal seine Mitglieder des Tages Paß und Hitze vergessen lassen und an angereicherter zu dem Zwecke ein Festmahl. Der fürsorgliche Amtsvorsteher legte die Polizeihände für das Vergnügen auf die Wintermächtskette fest.

Die Genossen bekämpften hiergegen in Beschwerde und erhielten darauf folgende Antwort:
Der Amtsvorsteher. Thale a. S., den 19. Februar 1910.
Z. Nr. 1478.

Auf die heute bei mir mündlich angebrachte Beschwerde über die Verlegung der Polizeistunde der öffentlichen Lustbarkeit des sozialdemokratischen Frauenvereins am 12. Februar Abends teile ich Ihnen mit, daß dies mit Rücksicht darauf geschieht, weil der veranstaltende Verein aus Frauen besteht, diese ihre Kinder für die Dauer der Lustbarkeit zurücklassen müssen, die sich dann selbst überlassen sind. Des ferneren müssen die meisten Festmahlbesucherinnen, sowie deren Ehemänner am Montag früh wieder zeitig zur Arbeit und daher der vorzeitige Schluß der Lustbarkeit aus sozialen Gründen geboten erscheint, welches auch nur im Interesse der Teilnehmer liegen kann.

Der Amtsvorsteher.
(Name unleserlich.)
Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die die Polizei zu erfüllen hat. Sie sollte es aber lieber den Teilnehmern selbst überlassen, in dieser Hinsicht das Nötige zu tun. Polizeivorkrische sind hier unangebracht, umso mehr, als sie sich nur gegen Arbeiter richten.

Die blutbedeckte Unterhose - Anreizung zum Klassenhaß. Der Genosse D. v. d. „Krausfurter Volkstimme“ wurde am Mittwoch zum Unterwahn Richter bestellt, wo ihm mitgeteilt wurde, daß ein Beschädigter auf Grund des § 130 (1) (a) gegen ihn Anklage gemacht worden sei. Das Verbrechen soll bei einem Festmahl der Arbeitervereine der blutbedeckten Unterhose des schwer verwundeten Genossen K. im Schanklokal der Expedition der „Volkstimme“ begangen worden sein, wurde von der Polizei zu Boden geschlagen,

zur Zeit in der Strafkammer im holländischen Hof, ein Saal und Bromingstraße ist ihm durch das Linde Fein gewonnen, ein zweites die Kopf und ein dritter Schuß blieb im rechten Bein und halb einer linken Adreze (die ihm dort vor Jahren nach einem Anfall eines Infarktes wurde) stecken. Außerdem hat K. noch ein Schloß über das Gesicht erhalten und zwar, als er schon am Boden lag. Die blutbedeckte Unterhose soll nun den Gegenstand einer Gerichtsverhandlung bilden.

Die staatliche Zeitung als Erzähler. Die Junter erlebte momentan in Berlin solche Tage. Auf die große Handelsparade in Jütland suchte die ganze Woche hindurch die Tagungen der verschiedensten agrarischen Konventionen. Schließlich sind natürlich die Akteure zumeist ein und dieselben Leute. Einer dieser Konventionen nennt sich „Steuer- und Wirtschafts-Reformer“ und in dieser Gesellschaft machte ein Junter allen Ernstes den folgenden Vorschlag:

„Es müßte ein Gesetz geben, daß alle Arbeiter von 14 Jahre ab eine Zeitung halten müssen, vielleicht für 50 Pfennig monatlich, die ihnen vom Staate zugestellt wird.“ (Große Heiterkeit.) Es könnte ja mit dieser Staatsleistung ein Lebensversicherung verbunden sein. Die Staatsleistung könnte da mit ihren Aufbaumengen ins Volk bringen und es könnte die auch hier vertretenen Aufbaumengen eine unparteiische Darstellung erlauben.“

Was mit demselben Zwangslesen geschehen soll, die die Zeitung nicht lesen, oder gar etwa nicht bezahlen würden, das hat die wirklich gentile Junter leider zu sagen vergessen.

Zur Stichwahl in Wülheim-Wipperfürth-Gummersbach. Eine demokratische Versammlung in Wülheim, in der Dr. Breitscheid redete, sprach sich mit Entschiedenheit für die Unterzeichnung des sozialdemokratischen Kandidaten aus.

Der Streit um das Mandat. Zwischen den liberalen Parteien in Velsch-Deivid ist es zum Bruch gekommen, weil ein Einigung über die Kandidatur für die bevorstehende Landtagswahl nicht zu erzielen war. Die Nationalliberalen lebten einstimmig die Kandidatur des national-sozialen Barrens Traub, den die Freisinnigen aufgestellt hatten, ab. Sie berieten sich darauf, daß ihnen die Bezeichnung des Mandats zustehe und schlugen den Landwirt Meyer in Jervendorf vor.

Freisinnige und Nationalliberale beizügeln sich jetzt gegen Traub, das Mandat den Kontrahenten abstrahieren zu wollen. Der Ausschlag geben die sozialdemokratischen Wahlmänner. Sie werden für Traub, aber nicht für einen Nationalliberalen stimmen.

Nationalliberale Stichwahlparole in Wülheim. Für die Stichwahl in Wülheim-Wipperfürth-Gummersbach hat die liberale Wahlauflösung jetzt die Parole ausgesprochen: Keine Stimmen dem 3. Num! - Für Nationalliberale entschieden ein Fortschritt.

Aus der Budgetkommission des Reichstages. Die Budget-Kommission erledigte in der Sitzung vom Donnerstag (24. 2. d. d. Marineetat bis auf Klausur. Die odenklischen Vorarbeiten der Ausgaben betragen 158 Millionen Mk. gegen 14 Millionen Mk. im Vorjahre, also um hin und 11 Millionen Mk. mehr. Für militärische Ausrüstung der neuen Schiffe und Umsatzen werden 23 Millionen Mk. mehr angefordert. Die Ausgaben betragen für die Marine insgesamt 473 Millionen Mk.; das sind 31 Millionen Mk. mehr als im Vorjahre. Von dieser Mehrforderung hat die Kommission ca. 3.000.000 Mk. abgestrichen. Voraussichtlich wird analog den Vorjahren in früheren Jahren das Pleum den großen Teil der gemachten Abstrichungen wieder herstellen.

Ausland

Die englische Presse über preussische Wahlrechtsdemonstrationen. Die Daily News schreiben: „Wenn eine politische Demonstration in Preußen vorkommt, macht sie gewöhnlich die Polizei.“ Was sie demonstrieren, ist die politische Philosophie des Herrn v. Bismarck, der in seiner Rede in der Reichstagskammer erklärte, daß sich die Regierung nicht durch die öffentliche Meinung beeinflussen lassen würde. Die Polizei besorgt das meiste mit dem Namen Sabel, manchmal auch mit der Säbelschneide. Gestern waren sie sogar in Halle für die Patronen gebraucht zu haben, um die Menge von 2000 Anhängern der Reform-Verlage eines Besseren zu belehren. Man sagt, die Menge hätte die Polizei angegriffen; und es würde auch sehr wahrscheinlich klingen, daß eine derartige Masse gegen die Schulente vorgegangen wäre, wenn nicht schon oft genug der Beweis geführt worden wäre, daß bei derartigen Demonstrationen fast immer die Polizei die Angreiferin ist. So wird behauptet, in Kirdorf, einem Vorort von Berlin, sei mit Steinen nach den Schulmännern geworfen worden. Im übrigen ist in Berlin alles ruhig verlaufen. Die sozialdemokratischen „Lorden“, welche in den Augen eines Fremden einer Anzahl anständiger Geschäftsleute auf dem Heimwege von der Kirche ähneln, wurden von dem Schloß vollständig ferngehalten und auch verhindert, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Preußen scheint in der Tat sehr ruhig zu sein. Die Wahlreform verläßt nur noch den Einfluß der ungefähr 30 Prozent jener Wählerklasse, die unter dem Dreiklassenwahlrecht schon die übrigen 70 Prozent niederhalten. Es bleibt alles beim alten. Die großen Protestveranstaltungen...

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Klegis (H. Hering)

„Kinder!“ rief er, „macht Platz. Denkt Ihr, daß sie in Brandenburg ihren Rat nicht besser brauchen können, als für Euch auf der Gasse? Zu Euch komme ich nicht; zu den Herren dünne, Platz, Platz!“ Oder glaubt Ihr, daß unsere Reichheit wie eine Kugel durch eure unerschämten Leiber fliegt? Soll ich Euch erzählen, was ich um Guretwilken schon geduldet und gelitten habe?“

Einem beliebigen Redner und launigen Erzähler hörte das Volk gern auch in Tagen zu, welche noch prekärer sind, als die, darin ist die Jubelstunde schon beinahe. Er sprach mit breiter Unerschämtheit und Saune sein geistiges, von den Klappenfäden auf dem langen Wege, dem launen Bier, dem schlichten Brot und Pfirsichem Apfel, dem der Rednerstunde auf einer so schmalen Bahn, daß er zweimal herumgerollt, als er einschlagen wollte, und wie ihn die Zuhörer dreimal gewarnt.

Den kräftigen Klappenfäden eines jungen Mannes verdankte der Brandenburger Redner es wohl nicht weniger als seiner Beredsamkeit, daß so viel Lust wurde, um ihn über die Breite bis nahe an die Umfassungsmauer des Rathhauses durchzuführen, weiter aber vermochte weder die Leibes noch die geistige Kraft. Bergedorfs freiste Niklas Perwenitz, halb blühend, die Krone zu den Herren hinauf. Wenn die Herren vom Rat ihn auch in ihrem Eifer gesehen, ja auch, wenn sie gewollt, sie hätten ihn doch nicht die Hand reichen und ihn einladen können zu sich hinauf, denn um Schwelle, Etagegang und Treppe war das höchste Gehänge. Selbst der Weibel, der das Volk von dem gehängten Holze zurückzuhalten hatte, konnte seinen Stab kaum höher schwingen. So umdrängte sie ihn.

Aber die Wüter heider Städte wuchsen in ihrer Heftigkeit nicht einmal die ihrer Kinder in diesen Tagen an. Eine Figur wie die des ehemaligen Niklas Perwenitz auf der Schwellen der Bürger schwebend und ihnen wie auf einem Leiter ins Fenster gerückt, hätte doch der Strafe unterworfen. Denn im Schauspiel der Lohpfeil so unvorstelllich, daß auch der Weibel ihm ein Knüttel schenkte.

Das erste der Brandenburger Redner bei sich bedenkend, als er sah, daß er auf dem obersten Stufen nicht in den Rat konnte. Im dem Sinne zu predigen, hätte er nicht die große Kraft gemacht. Die Herr Niklas... und die... Odenhaus Reden, hat er doch um ihrer wegen etwas Unschön...

für erlaubt, und die Würde einer Regimentsperson und eines Abgeordneten nicht für gefährdet, wenn er statt zur Tür zum Fenster starrte.

Auf einen solchen Blick des Alten zu dem jungen Manne, der, als wir sagten, der berstete war, und schlan blühte er auch um sich, ward Niklas Perwenitz plötzlich noch um eine Armeslänge höher gehoben. „Sieh, Papa Perwenitz will fliegen“, rief er. Aber der Ehrenmann widersprach sofort durch die Tat einer Anknüpfung, welche damals gefährlich sein konnte; denn ihrer kann fliegen, als wer Janderei treibt! Er sagte mit rasper Hand ein Gelände, gab sich einen Schwung, den man dem Wohlbelibten nicht zugetraut, und stand, nicht in freier Luft, aber auf einem Gefäß, wo er noch sichtbar aller Augen schwebte, als wöhrte auf dem Tragflügel.

Er stand auf der Lanke. Keine grüne, von Jasmin und Rosen, welche den schweren Leib des Rathherrn auch schwerlich ausgehalten hätte; sondern es war ein kurz austretendes, hohles, gelbes Pfeilern getragenes Gerüst des Rathhauses; darauf saß Niklas Perwenitz. Eigentlich kein höher Platz für eine Obrigkeit; nur gehörte die Obrigkeit nicht ober, sondern unter das Dach. In dieser Lanke und der Hürkalle daneben saßen nämlich Richter, Schöffen und weisse Männer zu Gericht, was in Berlin alle vierzehn Tage statt hatte. Ursprünglich wurde dies Gericht auf der langen Brücke im Freien gehalten. Ein Seil umspannte die Brücke der Schöffen und den Stuhl des Richters, und die erfahrenen Leute, die man ortet, wenn man sich nicht Ketten machte, was man damals nicht verbergen konnte, da es keine Asten und kein Aufgehängens gab, brauen darum her, und sie trugen der Lanke, und saßen zu, daß es beim Richter blieb. Da es aber vor vierhundert Jahren so oft als ich in Berlin zu regnen pflegte über Schuldige und Unschuldige, fanden die Richter es angemessener, so für Richter und Besagte, wenn beide, und der Richter auch, ein Dach über dem Kopfe hätten. Deshalb riefte man bei höchsten Feiern die Brücke in die Hürkalle, und da hier nicht immer zu gang war für alle Jandere, konnte man auch ein Gerüst bauen. Das hieß die Lanke, und jeder Lanke, zu Gang und Schlag der Reuigeren, gab es in allen deutschen Städten, wo öffentlich gerichtet wurde. So sorgte man vor vierhundert Jahren, damit jeder wachte, was zu Recht geschah, und dabei trocken blieb. Späterhin hätte man's gern regnen lassen in die Erde hinein, damit die Jandere fortgingen.

Auf diesen Landenstand fand Niklas Perwenitz, und mit einem glücklichen, wieder gefährlichen Schwunge fand er an dem Fenster des Rathhauses, und bogte so kräftig, wie der Herr, nach der Schellen, daß sie's nicht allein diesseits... und... (Fortsetzung folgt.)

der Weide in Eölin und Berlin hörten, sondern auch drinnen im Saal.

Und hätten die Rathsherrn auch nicht das Kopfen gehört der Jubel, wie er igt war auf der Brücke, hätte doch selbst dem Stadtauben die Ohren geöffnet. Die Mägen und Glie fliegen, die Jungen sprangen vor Lust, und die Alten schüttelten sich vor Lachen. Von dem Lebehoch, Niklas Perwenitz gebracht, bröhrte die Luft.

„Ihr Wüter der Stadt!“ rief Niklas am Fenster, und das hörte er noch durch den Lärm. Wenn ihr gutem Rat die Tür verriegelt, laßt ihn wenigstens zum Fenster ein. Aufgemacht, holla, Bürgermeister und Ratmannen, wohlweise die wie junge! der Deputierte von Brandenburg hängt an eurem Fensterhans. Ich bin keine Schwabe!“

Die weil das Fenster sich öffnete, und dem Rathherrn nicht ohne einige Mühe hingehalten ward, dauerte unten der Lärm noch fort. Auch wenn der Sturm vorüber, tobt noch lange das aufgeregte Meer. Daß der Junge, welcher den alten Herrn zum Fenster geleitet, bei den Leuten etwas galt und war, ließ sich leicht erkennen, man brachte nur dem Mondlopf in das blaue Auge zu sehen. Zu allem Lustigen und Tollern war da ein Freibrief zu lesen. Er hatte seine Freunde um sich, wie das so bei Wagemäßen ist. Aber auch ältere Bürger schienen ihm vertraut.

„Das hast du einmal gut gemacht, Laugentochter!“ sprach ein Schloßmeister und schlug ihm auf die Schulter. „Dort hast du das Spiel noch weiter trieben und den Drei von dort eingerührt?“

Der Angeredete schüttelte den Kopf: „Euch aneinander bringen, warum? Habt ihr Lust, auch die leeren Schüssel ohne Urach einzuzupfen, mit's auch ohne den Genning Wölfer.“

Nun redeten unterschiedliche zum Frieden. Es waren ihrer mehr, als man vorhin glauben mochte. Wo die Bürger sich jetzt sind untereinander und jeder Partei ist, fordern's oft mehr Rat, so einer zum Frieden redet, als wenn er den andern den Stein an den Kopf wirft. Aber wenn man die Häupter des Schloßes sieht, wird's bald auch ruhiger unter der Menge. Eöliner und Berliner standen wieder gemischt untereinander. Sie stritten wohl noch, aber sie lachten, und einer klopfte dem andern auf die Schulter. So steht oft Gewitter am Himmel, es sieht da oben aus und Vogel flüzt auf die Saaten; aber ein Regenbogen spannt sich mit seinen schillernden Farben über die grauen Massen und laßt die Furchen an, und das Herz laßt dann auch und sucht sich nicht mehr. Den schillernden Regenbogen hatte Niklas Perwenitz über die Wölfer geschwenkt, die über der Spree wöhrten. (Fortsetzung folgt.)

Total-Ausverkauf

der gesamten Warenbestände der Firma

Kaufhaus Felix Bileski Reuschestr. 15.

Sämtliche Waren sind von gerichtlich vereidigten Sachverständigen taxiert, und sind die Verkaufspreise dementsprechend ganz enorm herabgesetzt worden. — Als Beweis der strengen Realität des Ausverkaufs sind auf allen Gegenständen die früheren Verkaufspreise stehen geblieben und die neuen herabgesetzten Verkaufspreise daneben vermerkt worden. Jeder Kunde kann sich also von der fabelhaften Billigkeit und der Realität dieses Ausverkaufs persönlich überzeugen.

Knaben-Anzüge und -Paletots, früher bis 7.50, jetzt 4.75, 2.90. Herren-Anzüge und -Ueberzieher, früher bis 28.00, jetzt 14.50, 11.50. Angeschmutzte Wäsche spottbillig, Kragen 0.18, Chemisets 0.25, Knaben-Serviteur mit Kragen 0.20. Kleiderstoff-Reste, früher Mtr. bis 1.75, jetzt 0.65 u. 0.45. Barchent-Reste, Mtr. 0.25. Kinder-Trikot-Anzüge, früher bis 1.50, jetzt 0.95, 0.75, 0.45. Herren- und Knaben-Mützen 0.35, 0.22. Steife und weiche Herren-Hüte 2.50, 1.45. Mädchen-Hauben, früher bis 2.50, jetzt 0.75. Herren- und Damen-Stiefel, früher bis 12.50, jetzt 9.50, 7.50, 6.50. Kinder-Stiefel 3.50, 2.50. Krawatten zum Ausschuchen, Stück 0.10. Trikotagen, Handschuhe, Strümpfe, Schürzen, Kleiderstoffe, Leib- und Bettwäsche, Kostüm- rücke, Blusen, Kinderkleidchen, Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe etc. Gardinenstangen, Stück 0.18. Verstellbare Gardinenstangen nur 0.75.

Sämtliche Schneider-Artikel
Futterstoffe, Kurzwaren, Zutaten,
werden aussergewöhnlich billig verkauft.

Sämtliche Waren nur soweit Vorrat
da wir nach dem neuen Gesetz für Ausverkäufe keine Waren
nachkaufen dürfen.

Verkaufszeit: Vormittags 8-12 Uhr.
Nachmittags 2-8 Uhr.



Märzengold

empfehlen 985

Hopt & Görcke

Brauerei-Gräbschen.

Tel. No. 238. Tel. No. 1921.

Fleisch billiger!

Schweinebauch, per Pfd. 70 Pf., Schuppbraten, Keule und Rückenstück 80 Pf., prima Lungenfett und Kernspeck, per Pfd. 85 Pf., Kalbfleisch 70 Pf., Suppenfleisch, per Pfd. 70 Pf., Rindfleisch, ohne Knochen 90 Pf., ausgelassenes Schweinefett, per Pfd. 1.00 Pf.

Fleischerei Wienstr. 68, Ecke Pojenerstr.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen,
Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei

Paul Hauschild Jr.,

Eisenwarenhandlung,
Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

Zu billigsten Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk, bei denkbar größter
Auswahl in
Konfirmations-, Kinder-, Strand- und Jagdschuhen, sowie Holz-
und andere Pantoffeln zu streng realen Preisen nur bei

Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,

Friedrich-Wilhelmstrasse 52, geradeüber der Friedrich-Karlstr.

Verschenke

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe.

V. Liepelt, Schneidermeister, Bismarckstr. 21, 6. Etage.

Biblische Geschichten

Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion.
Von Max Maurenbrecher.

Jedes Heft 2 Pf. 50.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen.
Inhalts-Übersicht der einzelnen Hefte:

Heft 1: Schöpfungsgeschichten.
Die verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte des Noe und Noah. — Die Geschichte des Noah'schen Bunde. — Die Geschichte von der Schöpfung.

Heft 2: Sündenopfer.
Die Sündenopfer. — Die Sündenopfer.

Heft 3: Opfergeschichte.
Opfer. — Die Opfer. — Die Opfer.

Heft 4: Mose's Geschichte.
Die Mose's Geschichte. — Die Mose's Geschichte.

Heft 5: Das sogenannte Gesetz des Mose.
Das sogenannte Gesetz. — Das sogenannte Gesetz.

Der von so vielen Seiten erwartete

Inventur-Räumungs-Verkauf

von Speiers Schuhwarenhaus findet jetzt statt. **10%**

Sämtliche Schuhwaren ohne Ausnahme sind ermässigt u. zwar um mindestens

Viele Artikel sind jedoch bedeutend mehr reduziert, z. B.:

Für Damen		Für Herren	
Chevreaux-Knopfstiefel	jetzt 5 ⁸⁰ und 6 ⁴⁰	Chevreaux-Schnürstiefel m. Lackkappe u. Boxleder-Schnür- u. Zugstiefel	jetzt 8 ⁵⁰
Chevreaux-Schnürstiefel	mit und ohne Lackkappe jetzt 7 ²⁰	Braune Chevreaux-Schnürstiefel	jetzt 9 ⁵⁰
Boxleder-Schnürstiefel	chic und haltbar jetzt 7 ²⁰	Lackleder-Schnürstiefel	jetzt 9 ⁵⁰
Brann u. beige Chevette-Schnürstiefel	jetzt 7 ²⁰	Spattleder-Knabenstiefel	schr. fest, jetzt mit 20%
Weisse Lederstiefel	sehr elegant jetzt 7 ²⁰	Mädchen-Knopfstiefel	Größe 25-38, jetzt mit 20%

Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf von Konfirmantenstiefeln.

Zur gefl. Beachtung: Die strenge Realität unserer Räumungs-Verkäufe ist überall bekannt und ist jeder Käufer in der Lage, den Nachlass selbst nachzuprüfen, da unsere Preise streng fest und deutlich auf den Waren vermerkt sind.

Speiers Schuhwarenhaus

Ohlauerstrasse 87, Ecke Ring.

Konfirmanten-Anzüge

eigener Fabrikation v. 10 Mk. an. Grosse Auswahl. Gute Verarbeitung.

Eduard Proskauer Nchf.

Inh.: Dehmel & König. * Schmiedebücke 66, pt. I, II. u. III. Etg.



Die Volkshule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pf.

Billig Fleisch.

Beefsteak aus Rind u. Miere	70 Pf.
Beefsteak aus Rind	80 Pf.
Beefsteak aus Rind	75 Pf.
Beefsteak aus Rind	90 Pf.
Beefsteak aus Rind	70 u. 75 Pf.
Beefsteak aus Rind	70 Pf.
Beefsteak aus Rind	10 Pf. 65 Pf.

Fleischerei, Tschepinerstr. 6.

GEOLIN

Rosler Metallputz

Bebel,

am Schreibtisch sitzend
in tadelloser Ausführung.

Karton 29x38
Stück 50 Pf.

Buchhandlung Volkswacht.

„In freien Stunden“
Größte Damen-Bibliothek, seit 10 Jahren
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Februar.

Geschichtskalender.

- 1802 Der französische Dichter Viktor Hugo in Vesuncon *
1834 Alois Senefelder, der Erfinder des Steinendrucks, in München †.
1858 Der englische Dichter Thomas Moore †.
1897 Wilhelm II. will die sozialistische Pest ausrotten.

Das Resultat der Gewerbegerichtswahl.

Das wir in der Hauptsache an der Spitze des Blattes registrieren, wird ein für die freien Gewerkschaften noch günstigeres, wenn man die Ergebnisse der Einzelbezirke näher betrachtet. Es erhielten in den einzelnen Wahlbezirken:

Table with 4 columns: Bezirk, Liste I, Liste II, Liste III. Rows 1-14 showing vote counts for various districts.

7918 Stimmen 406 Stimmen 610 Stimmen

Von der Liste I der freien Gewerkschaften sind demnach folgende 45 Beisitzer gewählt:

- Naumann Mar. Zimmerer; Ohla Franz, Schneider; Faulhaber Anton, Schuhmacher; Reimann Georg, Studenat; Frosch Reihold, Tischler.
Ulrich Richard, Schlosser. Müller Paul, Buchdruckerhilfsarbeiter; Pösgold Johannes, Maschinist; Kutsche Paul, Buchdrucker; Seibel Josef, Tischler; Schönig Max, Klempner; Rentwig Paul, Hausdiener; Schönfelder Max, Maler; Sachs Ernst, Tischler; John Hermann, Maurer; Kunze Paul, Hauswirtsgehilfe; Arndt Reinhold, Holzleger; Bed Theodor, Schmied; Tige Adolf, Müller; Rudolph Ernst, Former; Freitag Hermann, Fleischneger; Künzle Anton, Maurer; Hartmann Robert, Maschinist; Gotthard Oskar, Buchbinder; Bedewitz Paul, Schwarzbinder; Geide Richard, Arbeiter; Ros Gastav, Hausdiener; Rißner Paul, Bräuer; Weiß Martin, Kupferschmied; Rudziella Rudolf, Schneider; Winkler Max, Bauarbeiter; Schramm Alred, Bildhauer; Fries Paul, Schiffszimmerer; Baum August, Fabrikarbeiter; Krause Georg, Schuhmacher; Bed Theodor, Handschuhmacher; Tache Albert, Tapezierer; Kattner Richard, Maler; Erdmann Ernst, Arbeiter; Wehr Arthur, Graveur; Blumle Albert, Tischler; Gotwald Josef, Arbeiter; Franke Theodor, Schmied; Starobin Oskar, Tischler; Neudorf Robert, Sattler.

Bei der Wahl der Beisitzer der Innung standen sich nur 2 Listen gegenüber, die des Gewerkschaftskartells und der Innung. Es erhielten in den einzelnen Bezirken:

Table with 2 columns: Liste der Innung, Liste der freien Gewerkschaften. Rows 1-6 showing vote counts.

Es erhielt also die Innung 38 Beisitzer, die des Kartells 13 Beisitzer.

Von unserer Arbeitgeber-Liste wurden gewählt die Genossen:

- 1. Kressmar Kurt, Tischlermeister; 2. Frey Georg, Metallwarenfabrikant; 3. Jaeschke Karl, Tapeziermeister; 4. Sommer Rudolf, Barbier; 5. Floeche Fritz, Tischlermeister; 6. Jakob Alred, Malermeister; 7. Müller Richard, Schneidermeister; 8. Burgund Karl, Schneidermeister; 9. Kreuter

Engen, Tapeziermeister; 10. Biegorel Johann, Schneidermeister; 11. Wersch Hermann, Tischlermeister; 12. Schütz Oskar, Bettungsüberleger; 13. Skowronel August, Drechlermeister.

Ueber die Wahlen selbst wird Näheres wohl noch in der heute Freitag Abend stattfindenden Kartellisierung gesagt werden.

Stadtoberordneten-Versammlung.

Lebige Debatten und langwierige Auseinandersetzungen über Fragen, die es am wenigsten erwarten lassen, gaben der gestrigen Sitzung der Stadtväter das Gepräge. Daß die Erhöhung des Wassergeldes und die Einführung der Gasmessermiete nicht ohne Diskussion vorübergehen würden, war ja zu erwarten, daß jedoch der Kampf um die Fortbildungsschule noch einmal so heftig entbrennen könnte, als es gestern geschah, hat außer den ehrsamem Kräutern der Schlosserinnung kaum ein Mensch geahnt.

Beim Tarif für das Wassergeld kam es zu dem üblichen Kampf zwischen Grundbesitzern und der städtischen Verwaltung, in dem der Kämmerer an der Hand von unüberleglichen Ziffern die Steigerung der Mieten nachwies und den Uebertreibungen entgegentrat, die da behaupten, bei der Grundwassererversorgung seien der Stadt 3 Millionen Mark verloren gegangen. Die Interessen des Hausbesitzes vertrat Herr Brinke, während Herr Professor Wohlaue die hygienischen Gründe anführte, die gegen eine Erhöhung des Wassergeldes sprechen. In seinem Sinne hatte sich unsere Fraktion schon bei der ersten Lesung geäußert. Sie lehnte demgemäß die Erhöhung des Wassergeldes ab, konnte aber nicht verhindern, daß die Verlammlung doch eine teilweise Erhöhung von 15 auf 18 Pfg. pro Kubikmeter beschloß. Bei der Beratung der Gasmessermiete machte der Kämmerer einen Anlauf, um die im Ausschuss beschlossene Ermäßigung der Miete für die beiden kleinsten Messergattungen wieder zu beseitigen. Genosse Löbe verteidigt seinen im Ausschuss schon angenommenen Antrag auf Ermäßigung der Miete auf 2 Mark für einen dreiflämmigen und 3 Mark für einen fünfklämmigen Messer, der schließlich auch die Zustimmung der Versammlung fand. Die Erhöhung der Kanalgebühren fand fast die einstimmige Billigung der Verlammlung.

Die nächst größere Debatte entwickelte sich bei der Frage der Schulgelberhebung für kaufmännische Fortbildungsschüler, über welche Gen. Löbe zu referieren hatte. Er empfahl im Auftrage des Ausschusses Ablehnung der Vorlage. Diese Ablehnung ging zum Teil von den energiegeladesten Freunden der Schule aus, die das Schulgeld für deren fernere Entwicklung für ungünstig halten, zum Teil von Feinden jeder Schulpflicht, die den Lehrling nur als Ausnützungsobjekt ansehen. Diese letzte Anschauung vertrat mit vielem Eifer und im Sinne aller reaktionären Quarkbäuber Herr Jeron, der jedoch im Kämmerer, im Oberbürgermeister, im Herrn Professor Kauffmann und Genossen Löbe vier energische Gegner fand. Die Verlammlung lehnte gegen eine starke liberale Minderheit die Vermittlungsanträge der Stadtv. Heilberg und Reisser ab und dann den ganzen Antrag auf Erhebung eines Schulgeldes. Dieselbe Debatte über den Wert und Umwert der Fortbildungsschulen erhob sich noch einmal beim Etat der gewerblichen Fortbildungsschule, bei dem Gen. Löbe die endliche Einführung einer Fachklasse für Bildhauer verlangt. Die durch ihre grandiose Lehrlingszucht berühmte Schlosserinnung, eine alte Feindin der Schule, hatte sich den liberalen Kirchenrat Rother zum Sprachrohr ihrer reaktionären Wünsche angeschlossen und dieser Gegner der Schulbildung schloß seine mittelalterliche Rede mit einem Schreckensruf darüber, daß jetzt in den Fortbildungsschulen gar geturnt werde, den Mädchen werde

man demnächst wohl Tanzunterricht geben. Herr Stadtrat Wagner knüpft sich den Zünftler einmal ganz unarmherzig vor, wies ihm erstens nach, daß er den gegenwärtigen Unterrichtsengang überhaupt nicht kennt und zeigte an der Hand einer endlosen Liste von Zunftzeugnissen, wie die wirklichen Sachverständigen über die Schulen denken. Nachdem der Oberbürgermeister ihm noch etwas derber geantwortet, und Herr Heilberg ihn verleugnet hatte, wurde der Etat einstimmig angenommen.

Nicht zur Verhandlung kamen wegen der vorgerückten Zeit der Wahlrechtsantrag Schütz und folgender neu eingegangene Antrag des Stadtoberordneten Heilberg vom 23. Februar 1910:

- a) Die Stadtoberordneten-Versammlung ersucht den Magistrat mit Rücksicht darauf, daß der gegenwärtig den Landtage vorliegende Gesetzentwurf betreffend Wahlen zum Abgeordnetenhaus a) durch Beibehaltung der gegenwärtigen Wahlkreis-Einteilung, b) durch Beibehaltung der öffentlichen Wahl, welche gerade bei den großstädtischen Verhältnissen eine unabhängige Ausübung des Wahlrechts besonders erschwert, c) durch Beibehaltung des Massenwahlsystems, die Vertretung der Interessen der größeren Städte, und dabei besonders auch der Stadtgemeinde Breslau auf das schärfste beeinträchtigt und gefährdet, an den Preussischen Landtag eine Petition um entsprechende Aenderung der Regierungsvorlage zu richten.

Man darf jedoch erwarten, daß die Verhandlung über diese beiden Anträge am kommenden Donnerstag erfolgt.

Aus den Debatten haben wir folgendes hervor:

Der Magistratsantrag, der bei der Steuerberatung schon einmal das Kollegium beschäftigte, und der eine Erhöhung des Wassergeldes von 15 auf 20 Pfg. pro cbm vorsieht, war aus dem Ausschuss zurückgekommen. Der Ausschuss empfiehlt die Erhöhung des Wassergeldes auf 18 Pfg. W. schon bei den früheren Beratungen, so stimmten sich auch diesmal die Hausbesitzer gegen diese Steuer.

Stadtv. Brinke (Hausbesitzer) polemisiert gegen die Belastung des Grundbesitzes. Wenn die Wassermiete so unrentabel wirtschaften, so liegt das eben an den schlechten Grundwasser-Verhältnissen in Breslau. Deshalb aber den Hausbesitzer bluten zu lassen, sei ungerecht. Die Grundbesitzer würden aber in dieser Frage schließlich mit sich reden lassen, wenn der Magistrat in seinem neuesten Steuerbündel nicht gerade den Grundbesitz überalt treffen würde. Aus diesen Erwägungen bitte er um Ablehnung der Vorlage.

Kämmerer Matthes ersucht, die Magistratsvorlage, also 20 Pfg. pro Kubikmeter anzunehmen. Die Klagen der Hausbesitzer seien übertrieben. Früher haben diese Herren gesagt, wenn nicht über 4 Prozent der Wohnungen leer ständen, könnte man die Steuer tragen. Jetzt weise die Statistik 3,80 Prozent leerstehender Wohnungen auf, und der Widerstand der Hausbesitzer sei der gleiche. Auch der Mietspreis ist bei kleinen und großen Wohnungen in die Höhe gegangen, nur bei den mittleren Wohnungen um ein geringes gesunken. Es kommt hinzu, daß das Gesetz den Hausbesitzern diese Lasten zuschiebt. Weiter muß beachtet werden, daß in den städtischen Wasserwerken, in denen gegenwärtig ein Kapital von 18 Millionen Mark investiert ist, in nächster Zeit weitere 6 Millionen hineingesteckt werden müssen. Da müsse für die Rentabilität etwas getan werden.

Stadtv. Wohlaue (lib.): Nach der Wohnungsstatistik konnten auf die eigentlichen Mietshäuser 100 Einwohner. Das Wohnen in solchen Kasernen ist keine Annehmlichkeit. Will man in diesen Häusern den Wasserverbrauch einschränken, so bedeutet das, gesundheitsgefährliche Gefahren heraufzubeschwören. Und der Wasserverbrauch wird durch die Wirte eingeschränkt werden, wenn diese Steuer angenommen wird. Er halte dafür, lieber Wasser zu verschwenden, als an Wasser zu sparen. Ihm scheint diese Steuer aus Gesundheitsgründen gefährlich und ist deshalb gegen die Steuer. — Nachdem Herr Brinke noch einmal seine nackten Hausbesitzerargumente vorgetragen, und Herr Reisser den Ausschussantrag auf 18 Pfg. befristet hat, wird der Ausschussantrag angenommen.

Die städtische Handwerker-Schule soll in Zukunft die Bezeichnung „Handwerker- und Kunstgewerbeschule“ führen. Mit dieser Umwandlung ist auch eine Ver-

Niederabend Gita Lenart.

Am Donnerstag gab Frau Gita Lenart aus Budapest ein Konzert im Kammermusiksaal, nachdem sie vor etwa einem Jahre in demselben Saale als hoffnungsvolle Debütantin Proben ihres nicht gewöhnlichen Gesangstalent abgelegt. Die Künstlerin ist seit kurzer Zeit die Frau des bekannten Baumeisters Josef Vago in Budapest, der unter anderem das große Gewerkschaftshaus hieselbst erbaut hat. In der Zwischenzeit hat sie nicht aufgehört, sich auf dem künstlerischen Gebiete zu vervollkommen, was ihr durch Vererbung zugewiesen ist. Unglücklicherweise hatten eine heftige Indisposition Frau Lenart in der Entfaltung ihrer gesanglichen Qualitäten erheblich zu hindern. So kam es, daß die Höhe nur dann Rang, wenn sie forciert wurde, und die Mittelrange nur im Piano gut ausfiel, während die Tiefe recht gehetzt erschien. Die Wahl der Künstlerin war gerade noch auf Nieder gefallen, die einen großen Lounumfang erfordern und in dem Falle, in dem sich die Konzertgeberin befand, die Schwächen des Organs erbarungslos bloßlegten. Wer die Dame im vorigen Jahre gehört hatte und ihre außerordentliche musikalische Begabung und Vortragskunst kennt, wird diesen Zufall gleich mir aufs schmerzhafteste beklagt haben. Von dem aufgestellten Programm waren im allgemeinen nur vierlieder bekannt: Schuberts „Die Stadt“, Schumanns „Märcenwärmchen“, Brings „In den Heidebeeren“, das Frau Lenart bereits im vorigen Jahre sang, sowie Wolfs „Heimweh“. Die Konzertgeberin brachte interessante neue Volkslieder mit, auch Schwerts hier wohl noch kaum gesungenen „Schmetzerling“, außerdem eine recht geschmacklose Straußsche Vertonung eines bekannten Liedes aus des Knaben Wunderhorn. Ueberflüssigerweise wiederholte Frau Lenart dieses Lied, das mir in der Fassung von Theodor Streicher bedeutend besser gefällt. Außerordentlich reizvoll waren die französischen Gesänge und die verschiedenen Volkslieder, aus deren einem hervorging, daß es in Vidland auch arme Dorfschulmeister gibt. Eins der bretonischen Volkslieder wiederholte Frau Lenart ebenfalls, was meiner Ansicht nach das Beste ist, als wenn man einen pikanten Witz zweimal hintereinander erzählen wollte. Das reizende, gemüthvolle „Annie Laurin“, das überaus gewinnend zu Gehör kam, hätte diese Auszeichnung eher verdient. Für den sehr reichlich gespendeten Beifall des ziemlich zahlreichen Zuhörerkreises dankte die Konzertgeberin durch Wolfs „Rauschallensprüche“. Am stabilen beglückete Herr Max Auerbach in ganz vorzüglicher Weise.

Aus aller Welt.

Die Schöpfungsgeschichte der preussischen Wahlreform. Am Anfang schuf Bethmann die Wahlreform. Und die Schöpfung der preussischen Wahlreform waren mühe und leer und es war finster in ihrer Erkenntnis und der konservativen Geist schwebte über den Wasserläufern.

Und Bethmann sprach: Es werde öffentlich. Und es ward öffentlich.

Und Bethmann sah, daß die Öffentlichkeit gut war. Da schied Bethmann die Öffentlichkeit von der „Heimlichkeit“.

Und nannte die Öffentlichkeit frei und die „Heimlichkeit“ abhängig. Da ward aus Abend und Morgen der erste Tag.

Und Bethmann sprach: Es werde eine Feste zwischen den Volksmassen.

Da machte Bethmann die Feste und schied das Volk in den Städten von dem Volke auf dem Lande. Und es geschah also.

Und Bethmann nannte die Feste Wahlkreiserteilung. Da ward aus Abend und Morgen der andere Tag.

Und Bethmann sprach: Es sammle sich die Armut unter dem Volke an besondere Orte, daß man den Reichtum sehe. Und es geschah also.

Und Bethmann nannte den Reichtum beider Klasse und die Sammlung der Armut nannte er befristete Klasse. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Und Bethmann sprach: Es entstehe aus dem preussischen Volke eine dritte Klasse, die fünfundsiebzig Prozent aller Wähler umfaßt. Und es geschah also.

Und es entstand aus dem preussischen Volke eine dritte Klasse, die die Arbeiter, Angestellten, Unterbeamten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden umfaßte. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Und da ward aus Abend und Morgen der dritte Tag. Und Bethmann sprach: Es werden Richter am Wahlrechtshimmel, die da sehen den Armut und Reichtum und geben Klassen, Stände und Rufen.

Und seien Richter am Wahlrechtshimmel, daß sie scheinen dem preussischen Volke. Und es geschah also.

Und Bethmann machte zwei große Lichter, den Recht und die Bildung. Und Bethmann setzte sie an die Feste des Wahlrechtshimmels, daß sie scheinen dem preussischen Volke. Und Reichtum und Armut regierten und schieden Ausbeuter und Ausgebeutete. Und Bethmann sah, daß es gut war. Da ward aus Abend und Morgen der vierte Tag.

Und Bethmann sprach: Es entstehe aus dem preussischen Volke eine zweite Klasse, die zehn Prozent aller Wähler umfaßt.

Und Bethmann schuf eine zweite Klasse, die sich aus den Mittelschichten des preussischen Volkes zusammensetzte. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Da ward aus Abend und Morgen der fünfte Tag.

Und Bethmann sprach: Das preussische Volk bringe hervor eine erste Klasse, die fünf Prozent aller Wähler umfaßt. Und es geschah also.

Und Bethmann machte die erste Klasse aus den Reichsten und Bornehmsten der Nation. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Und Bethmann sprach: Lassen uns eine Bureaufraite machen, ein Bild, das uns gleich sei. Lie da herrsche über die dritte Klasse der Entschulten und über die zweite Klasse der Mittelschichten und über die erste Klasse der Reichsten und Bornehmen.

Und Bethmann schuf die Bureaufraite, ihm zum Bilde, zum Bilde Bethmanns schuf er sie.

Und Bethmann sprach: Sie und sprach zu ihr: Sei fruchtbar und mehre dich und erfülle das preussische Volk und mache es dir untertan.

Und Bethmann sah an alles, was er gemacht hatte, und siehe da, es war sehr gut.

Da ward aus Abend und Morgen der sechste Tag.

Das Geständnis des Familienmörders. Der jüngste Jahre alte Mörder Adolf Decker in Oldenburg hat vor dem Untersuchungsrichter ein unfaßliches Geständnis abgelegt, das auf die Psychologie des jungen Mannes ein merkwürdiges Licht wirft. Als Motiv zu seiner Tat gibt er an, daß er seinen Eltern Geld haben sehen wollen. Er erklärte, er habe schon in der Nacht aufstehen und die Morbidat ausführen wollen, habe sich aber verschlafen und sei erst Morgens um sechs Uhr durch den Wecker aufgeweckt worden. Er schloß bei seinem Bruder im Bett. Das Bett hatte er Abends schon zurechtgelegt. Er sei aufgestanden und habe seinen Bruder im Bett erschlagen. Darauf sei er in das elterliche Schlafzimmer gegangen, in der rechten Hand das Weil, in der linken den Dolch. Er habe auf den Vater zu gleicher Zeit mit dem Weil eingeschlagen und mit dem Dolch auf ihn eingestochen. Ebenso hat er auf die erwachende Mutter eingeschlagen und eingeschossen. Nach Verübung der Tat sei er an die Haustür gegangen, habe die Mütze und die Handschuhe herausgeholt und für den bei seinen Eltern im Bett wohnenden Bankbeamten Pfeffer gestreut und diesen das Bett zurechtgelegt. Als die Eltern um 8 Uhr in die Wohnung kamen, fanden sie ihn dabei

Bei der Frage der Erhebung von Schulgeld für die Schüler der kaufmännischen Fortbildungsschule empfiehlt Stadtd. Böbe (Soz.) namens des Ausschusses Ablehnung der Vorlage.

Kämmerer Matthes: Es ist heute moderner Erziehungsgrundsatz, die schulmäßige Fortbildung der Nation anzugehen zu pflegen. Das darf aber nicht ausschließen, die Möglichkeit des Schulgeldes bestehen zu lassen. Die Handelskammer habe sich in diesem Sinne ausgesprochen und man darf annehmen, daß die kleinen Kaufleute in der Lage seien, das ganze Schulgeld von 30 Mk. zu zahlen.

Stadtd. Kaufmann (Hb.) ist auch für Erhebung von Schulgeld. Er fängt ein bewegliches Lied davon, wie bequem es man heute der Jugend mache, aufwärts zu steigen; dadurch würde die heimliche Nation verreichlicht. (H)

Stadtd. Jeron (Konf.) bekämpft die Vorlage aus wesentlich anderen Gründen. Nach ihm ist der kleine Kaufmann gar nicht in der Lage, diese Last auch noch zu tragen. Gerade in der Lebensmittellieferung wird der kleine Händler außerordentlich bedrückt. In Breslau schädigt der große deutsche Konsumverein die Existenz des kleinen Kaufmanns, eine ganze Reihe anderer Lasten kommen hinzu und deshalb muß er das Schulgeld für die kaufmännische Fortbildungsschule als weitere Last entschieden ablehnen. Nachdem noch Stadtrat Haber darauf hingewiesen, daß in der Handelskammer auch die Vertreter des kleinen Kaufmannsstandes für die Schulgebührengeld seien, bringt Stadtd. Matthes ein Vermittlungsantrag ein, der in der ersten Gewerbesteuerklasse ein Schulgeld von 30 Mk., in der zweiten ein solches von 20 Mk. und in der dritten und vierten Klasse ein solches von 10 Mk. vorseht.

In seinem Schlusswort führt Genosse Böbe aus, daß der Ausschuss in seiner Mehrheit natürlich nicht von schulfreundlichen Gesichtspunkten ausgegangen sei, wie Herr Jeron. Sie hält vielmehr die Schule für eine notwendige Ergänzung der Lehre, besonders wenn bei großer Lehrinhaltsfülle der Lehrling zugleich als Hausknecht und Fleischerlehrling benutzt wird. Es sei ja sehr bedauerlich, wie radikal die Herren um Jeron werden, wenn sie einmal gehen wollen. Dann wollen sie den Beamten gleich die Gehälter streichen. Man könne aber auch aus sachlichen Gründen Gegner des Schulgeldes sein, um die Zahl der Lehrlinge dieser noch entwicklungsbedürftigen Schule nicht noch größer und ihre Feindschaft nicht noch verheerender zu machen. Was diesem Grunde empfiehlt Redner die Ablehnung. Herr Professor Kaufmann habe hoffentlich nicht behaupten wollen, daß die unbegabten jungen Leute gerade die Armen seien, meistens wird wohl das umgekehrte zutreffen.

Darauf erfolgt Abstimmung. Der Magistratsantrag und auch der Antrag Meißner werden abgelehnt, ein Schulgeld soll also nicht erhoben werden.

Eine lebhafteste Debatte entspinnt sich bei der Festsetzung des Geldes für die gewerblichen Fortbildungsschulen. Der Referent Böbe (Soz.) befürwortet Annahme des Statutenentwurfes und wünscht die Einrichtung einer Vorkursklasse. Hierbei zeigt sich der liberale Schlossermeister und

Stadtd. Roßner wieder einmal als verheerender Feind der Fortbildungsschule. Er fordert die Aufhebung der Zwangsfortbildungsschule und Einführung der fakultativen Schule. Seine leidlich unverständlichen Ausführungen begründet er damit, daß die gewerbliche Ausbildung der Schüler in seinem Berufsbereich zu den höchsten stehe. Diesen Ausführungen tritt mit großer Entschiedenheit der

Stadtrat Wagner entgegen. Der Referent wundert sich, wo ein Handwerksmeister heute noch den Mut hernehmen kann, gegen die selbstbestimmten Zwangsfortbildungsschulen aufzutreten. Aber der ganze Widerstand gegen die Zwangsfortbildungsschule gehe in Breslau von der Schlosserinnung aus, deren Vorsitzender Herr Roßner sei. Wie die Vormünder des Herrn Roßner über mangelnde gewerbliche Erziehung durch die Schule einzuwirken seien, geht daraus hervor, daß bei den Prüfungen der Schlosserinnung in drei Tagen 147 Lehrlinge „geprüft“ wurden, während die Bestimmung vorsieht, daß täglich nur 20 junge Leute geprüft werden können. (Dort, dort!) Jürgens sei die Lehrlingspflicht so groß, wie in der Schlosserinnung. (Sehr richtig.) In einem Falle hat ein Meister 18 Lehrlinge, der nur zeitweise einen Gehülfen beschäftigt. Der Mann mußte in Strafe genommen werden, weil er sieben Lehrlinge überhaupt nicht der Innung anmeldete. Welchen Nutzen die Schlossermeister aus der Lehrlingsausbildung ziehen, ist an dem einen Falle zu erkennen, wo ein Meister für den Lehrling 35 Flg. Stundenlohn in Anrechnung bringt. Der Redner führt eine große Reihe von Beispielen an anderer Handwerker und Gewerbe an, die sich alle in hoher Zufriedenheit über die Leistungen der Fortbildungsschulen äußern. In einem solchen Gutachten wird besonders erwähnt, daß sich auch das Vertrauen der jungen Leute durch den Schulbesuch gehoben habe. Ein großer Fehler des Herrn Roßner liege darin, daß er in dem Unterricht nur eine Fortführung des Volksschulunterrichts sehe. Was dort aber geboten werde, sei Fach- und Gewerbelehre. Man gebe systematisch Fachleute als Lehrer heran. Wenn man aber die Volksschullehrer ebenfalls nicht entbehren kann, so des-

sen vor dem Unterrichtlichen hinausgerommen sind. Die Lehrer haben Dank zu erwarten und nicht solche unbedeutende Angriffe wie sie sich Herr Roßner gestattet. Die 247.000 Mk. für die Fortbildungsschulen seien sehr gut angelegt. (Sehr Bravo.) Nachdem Herr Roßner nochmals seine schulfreundliche Ansicht wahrte und mit größter Wichtigkeit betonte, daß das Geld wirklich hinausgeworfen würde, und nachdem Stadtrat Wagner und der Oberbürgermeister mit großer Entschiedenheit gratulierten und Herr Deilberg betont hatte, daß die Mehrheit der Versammlung glücklicherweise auf einem anderen Standpunkte stehe wie Herr Roßner, wurde die Vorlage nach einem kurzem Schlusswort des Referenten Böbe angenommen. Derselbe verwies darauf, daß auch die Gesellenauschüsse den Nutzen der Schule rückhaltlos anerkennen, und daß es viele ältere Arbeiter gibt, die es bedauern, keine solche Bildungsgelegenheit gehabt zu haben. Aber — wie die heutigen Gewerbegerichtswahlen beweisen, nimmt auch die Einsicht unter den Handwerksmeistern zu, ein Viertel steht schon in unserem Lager.

Der Ankauf eines 6220 Quadratmeter großen Grundstücks in der Nikolaivorstadt zum Preise von 43.500 Mark wird von der Versammlung beschlossen. Hierbei legt Stadtratsmitglied John Verwahrung gegen Neuerwerbungen des Stadtratsvorsitzenden Wohlaue ein, die dahin ausgeht werden können, daß im Ausschuss, der unter dem Vorsitz des Herrn John lagte, andere Meinungen nicht zu Worte gekommen sind. Die Sache wurde durch Erklärungen der Stadtratsvorsitzenden Wohlaue und Böbe richtiggestellt.

Für die Remuneration des evangelischen Kircheninspektors soll die jetzt übliche Summe von jährlich 1500 Mark auf 2500 Mark erhöht werden. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Um Anlegung der Barbeinstraße zwischen Brücke und Schenkelsstraße ersucht eine Vorlage des Magistrats. Die erforderlichen Mittel mit zusammen 15.950 Mark sollen dem Sanitätsrat und dem Magistrat für 1909 und die übrigen Anlagengelder, ausschließlich für Gas- und Wasserleitung, mit 7200 und 5900 Mark dem Dispositionsfonds der bestehenden Verwaltungen entnommen werden. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Ganz wie bei Herrn Simms! Ueber das, was sich nach einer Berliner Versammlung auf der Straße abspielte, berichtet ein Augenzeuge der „Volkzeitung“:

Die Massen verließen den Saal und einige Hundert von ihnen sangen dabei Freiheitslieder. Auf der Straße warteten bereits die mit Revolvern gegürteten Schutzleute. Das wirkte auf die Stimmung erlösend und es hatte keine etwas Tragisches, wie der Gesang plötzlich schärfener wurde. Das Recht auf die Straße scheint den Massen immer noch nicht ganz zum selbstverständlichen Instinkt geworden. Jedenfalls: eine höchst harmlose Situation; hier und da einmal ein paar Latz und dann nur ein sehr wenig demonstrierendes Gehen auf das Wahlrecht. Es ging alles ganz gut. Die Leute zerstreuten sich und es war nicht ein Atom mehr Gedränge, als es gegeben hätte, wenn sich die Friedrichshain-Bräueri nach einem Ordenszuge entleert hätte. Plötzlich, in der Straße, in der das 18. Revier seine Wache hat, wurde es anders. Dort patrouillierte ein Polizeioffizier. Er war stichtisch nervös und eigentümlich erregt. Jetzt erklingt hinter ihm ein mageres Hoch; der nervöse Herr läßt sofort einen Schutzmann auf zwei der Vorübergehenden losstürzen und läßt die beiden abführen. Dann setzt er sich selbst in Trab und trillert auf seiner Notpfeife, treibt die Hiirtür zur Revierwache auf und läßt einen Trupp von Schutzleuten auf die Straße dringen. Die Mannschaften bilden eine Kette und nun flaut sich ordnungsmäßig der Verkehr. Schon fliegen heftige Worte und die sich völlig überrascht und sich probiert stübende Menge kommt zum Stillstand. Die Situation ist außerordentlich kritisch. Da läßt der Polizeioffizier mit gleicher Möglichkeit wie vorher seine Mannschaft wieder verschwinden. Nun fragt man sich: Welchen Effekt hat die Unstetigkeit einer solchen unbegründeten Demonstration der Waffengewalt gegen den Verkehr auf der Straße?

Von der Oberkassafahrt. Nachdem die Oberkassafahrt am Montag nicht mehr ist, ist am Mittwoch auch der Umschlagverkehr in Gohlis-Ordnung wieder aufgenommen worden.

Alkoholische Getränke sind die Sache der Duellgegnere nicht zu werden, trotz der Bekräftigung hochgehaltener Persönlichkeiten. Das ging aus der am Sonntag Mittag im König von Ungarn tagenden, von der Landesgruppe Schlesien der Anti-Duell-Liga einberufenen Hauptversammlung hervor, aus der wir einige beachtenswerte Momente herausgreifen. Bisher haben den 60 anwesenden Studenten der hiesigen Universität Mitglieder der Liga waren, ließ sich schwer feststellen. Aus den Worten eines Studenten zu schließen, der erklärte, daß man in Breslau weder Ehrengerichte noch Ehrenamt benötige, da die Breslauer Studentenchaft Ehrenhäubeln so viel wie möglich aus dem Wege ginge, am liebsten sehr wenige. Eingangs der Versammlung legte der Vorsitzende, Justizrat Nabbyl, sofort die kritische Sonde an die Einrichtung, genannt „Ehrenrat“ und zwar an der Hand des seinerzeit auch von der Presse besprochenen Brandenburger Falles. Dort hatten zwei Kellner, die sich wegen eines Liebeshandels mit Pistolen duellierten, wobei einer auf dem Platze blieb. Grund dazu war, daß einer der Herren zur Kaisers-Geburtsfeier im vergangenen Jahre in der Weinsäule verhaftet hatte, den anderen Brand zu stiften. Obwohl die Sache bereits beigelegt, und Wochen darüber vergangen waren, man sich auch bereits gegenseitig versprochen hatte, nicht mehr davon zu reden, forderte noch im April der eine der Herren den Aufstufigen zum Duell auf Pistolen. Die Ehre trat entschied als einziger Ausweg in dieser Sache sich für das Duell. Es erwachte um möglich, daß ein Ehrenrat in einer solchen Sache einen solchen Einfluß lassen könne.

Der Studierende der Volkswirtschaft, Herr Kurt Pohl aus Leipzig, ging in seinem Bericht über die am 7. November in Würzburg stattgehabte Generalversammlung der Anti-Duell-Liga, über das ungenügende der bestehenden Einrichtung des Ehrengerichts. Es müsse ein deutscher Hochschulverband ins Leben gerufen und zugleich Ehrengerichte mit anderen Statuten geschaffen werden. Die Anti-Duell-Bewegung sei zugleich eine Ehrengerichts-Bewegung. Der Brandenburger Fall habe unter anderem gezeigt, daß man vom Staate keine Hilfe zu erwarten habe. Die Tatsache, daß man in ganz ungeheurer Weise Soldaten zur Absperrung des Zweikampfgeländes und einen Sanktions-Eisenbahnzug hergebe, das weiteren, daß man den zu sechs Wochen Festung verurteilten Major Graner, der als Sieger aus dem Duell hervorging, kurze Zeit darauf verbannt hat, zeigt, daß der Staat das Duell noch immer unterstütze. Ein derartiger Fall muß unter der Studentenchaft zu stammendem Protest anregen. Die Friedfertigkeit der Duellgegnere bilde nicht für das Verschwinden der Gänzlich unter den Duellfreunden, die fortwährend darauf hinarbeiten, unter den Duellgegnern einen Jmpeachment zu säen. Die Freunde der Liga müssen dafür Sorge tragen, daß sie recht bald eine geschlossene Mehrheit hinter sich haben. Der Ausspruch des Fürsten Bismarck als Reichskanzler, die Anti-Duellanten sollten doch einmal zeigen, daß sie die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben, sei nur eine Ausflucht, denn in Wirklichkeit stehe die Mehrheit dahinter. Etwas liege bei akademische Jugend nur dem Ehrengericht gegenüber, von dessen Satzungen sie bei Reibildungen nicht die genügende Rehabilitierung ihrer Ehre erhoffe. Es müsse deshalb in dieser Hinsicht reformiert werden.

Zur Aufnahme meldete sich jedoch niemand. Umsonst machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß es sich um die Zukunft der Studierenden, um ihr späteres Wohl und Wehe als Staatsbürger handle. Auch das persönliche freundliche Auzehen des am selben Vorstehenden, des Professors Träger, half nichts. Man schlägt sich eben lieber, ehe man sich gerichtlich Genugtuung verschafft. Und das alles um des lieben Begriffs „Ehre“ willen, mit dem man in jenen Kreisen aneinander aneinander Referendariate viel Wert beizumessen sich den Anschein gibt. Es dürfte sich verlohnen, bei dieser Gelegenheit einmal den deutschen Philosophen Arthur Schopenhauer zu hören, der das in den Kreisen dieser Staatsbehaltenden bei jeder Gelegenheit behaltende Faktum „Ehre“ in seinem Kapitel „Was einer vorstellt“, folgendermaßen einschätzt:

„Der eigentliche Grund, aus welchem die Regierungen scheitern sich bestern, das Quill zu unterdrücken, und während das offenbar sehr leicht wäre, sich stellen, als wolle es ihnen nicht gelingen, scheint mir folgender: Der Staat ist nicht imstande, die Dienste seiner Offiziere und Beamten mit Geld zum vollen zu bezahlen; daher läßt er die andere Hälfte ihres Lohnes in der Ehre bestehen. Um nun diese ideale Vergütung ihrer Dienste in höherem Maße zu erhalten, muß das Ehrgefühl auf alle Weise genährt, geschürt, allenfalls etwas überspannt werden. Da aber zu diesem Zwecke die bürgerliche Ehre nicht ausreicht, schon weil man sie mit jedem Teufel, so wird die ritterliche Ehre zu Hilfe genommen und in bequemer Weise aufrecht erhalten.“

So hochhaft dies sein mag, so wahr ist es.

Die Bauarbeiter von Paris hatten Sonntag Vormittags 10^{1/2} Uhr bei Riedel eine wichtige Versammlung ab.

angefallen in Golen und Homborn. Er hatte nicht geglaubt, daß er bei dem Einbruchsdiebstahl, den er Abends um 9 Uhr bei seiner Tante ausübte, gefangen worden war. Als er gestern Nachmittag mit den Leichen seiner Eltern konfrontiert wurde, konnte er sich ab. Im übrigen mocht er einen zwar niedergedrückten, aber sonst gleichgültigen Eindruck. Seine Klagen wurde insbesondere eine Beschuldigung des Tatortes vorgenommen und die Leichen der Ermordeten wurden festgestellt.

Zwanzig Jahre unentschieden im Gefängnis. Ein Telegramm aus New York meldet: Ein vor zwanzig Jahren wegen Mordes zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilter Richter händler namens William wurde vom Gericht des Staates Texas von der Anklage des Mordes freigesprochen, denn ein gewisser Carter, dessen Mörder William sein sollte, hat sich wohl und gesund wieder eingestellt. Im Jahre 1890 waren William und Carter auf Verbannung in der Nähe des Texas-Rivers, beide waren als Sträflinge bekannt. Carter verschwand dann plötzlich von der Bildfläche. In dem Falle wurde nach längerer Zeit eine Leiche gefunden, die man als die Carters identifizierte, und William wurde daraufhin vom Gericht wegen Mordes zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt. Dieser Tage stellte sich plötzlich Carter wieder ein und hörte zu seinem Erstaunen, daß sein ehemaliger Kamerad wegen Mordes an ihm zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden sei. Er ging zum Gericht und seine Verurteilung wurde festgestellt, worauf William in einem kühnen Verfahren freigesprochen wurde.

Der Tod auf dem Gerüst. Ein seltsamer Verbrechen und wurde in Berlin in der Tribünenstraße gemacht. Auf dem an der Hochbahn gelegenen Grundstück der Markt- und Köpplien ist gegenwärtig zu baulichen Veränderungen ein zehn Meter hoher Gerüst aufgeschlagen. Am Mittwoch abend beobachteten Passanten, wie ein Mann hoch oben auf dem Gerüst stehend, sich in die Tiefe blickte. Der Fremde riefte und riefte sich nicht. Die Sache wurde einigen Zuschauern unbekannt; sie gingen höchstens auf das Gerüst, wo sie zu ihrem Erstaunen konstatierten, daß ein Toter auf dem Gerüst stand. Es war der 36 Jahre alte Arbeiter Otto Piel aus der Köpplienstraße 12, der auf dem Bau gearbeitet hatte. Ein von der Rettungswoche in der Köpplienstraße hinzugekommener Arzt stellte fest, daß der Arbeiter sichtlich einem Herzschlag erlegen war.

Ein neues Opfer des „General Chang“. Der Untergang des „General Chang“ hat ein neues Opfer gefordert. Die Tochter der chinesischen Konsulatsratin, die bei der Schiffkatastrophe ihr Leben verlor, war bei der Aufrichtung von dem Tode ihrer Eltern schwer erschrocken. Seit ist das junge Mädchen seinem Leben übergeben.

Unfall auf dem St. Gotthardt. Die Mönche des Hospizes von St. Bernhard haben im Schnee die Leichen der zwei als vermisst gemeldeten Italiener und des Franzosen gefunden. Die drei waren auf der Höhe des St. Gotthardpasses durch eine herabstürzende Lawine verschüttet worden.

Pariser-Jahre. Ein bemerkenswertes, nicht alle Tage vorkommendes Urteil fällt am Mittwoch nachmittags das Kriegsgericht des 2. Reichsadmirals in Kiel. Anwesend waren ein Marschallensmaat und 2 Marroten des Marinischiffes „Pfeifer“. Sie sollen einem Struermannsmaat nach einem Streit in einer Wirtshausknecht, ihn überfallen, geschlagen und zum Schluss in den Schuttgraben geworfen haben. Der Anklagevertreter beantragte wegen miltärischen Ungehorsams gegen die beiden Marroten 5^{1/2} und 5 Jahre Zuchthaus und Entfernung aus der Marine, gegen den Marschallensmaat 7 Monate Gefängnis und Verurteilung. Das Gericht sprach die bei den Marroten frei und verurteilte den Marschallensmaat zu 20 Mark Geldstrafe. Begründet wurde das Urteil damit, daß der Steuermannsmaat nicht glaubwürdig sei.

Stratagem in Tiflis. Der Kaiser Roy Rodschies aus Sibirien, der am 30. Oktober v. J. wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurteilt wurde, ist, wie aus Tiflis gemeldet wird, heute früh durch den Scharfrichter Schwieg aus Sibirien hingerichtet worden.

Brand eines Kinetographentheaters. Ein schweres Brandunglück, das an die Katastrophe im Kinetographentheater der mexicanischen Stadt Acapulco vom vorigen Jahre erinnert, hat sich in Peru ereignet. Telegraphisch wird darüber gemeldet: Nach Meldungen aus Callao lag während einer Kinetographentheatervorstellung in Trujillo (Peru) ein Film Feuer, wodurch eine Feuersturm entzündet, bei der fünfzig Personen umkamen und das Theater zerstört wurde. Der Brand breitete sich sehr schnell aus und verurteilte eine furchtbare Panik unter dem Publikum, unter dem sich viele Kinder befanden. Bei dem Brande des Kinetographentheaters in Acapulco kamen damals 150 Personen um.

Ein Doppelmörder zu Jachtzucht begnadigt. Der Prinzregent von Bayern hat den vom Staatsgericht Amsterdams wegen Doppelmordes zum Tode verurteilten Fürst von Schindwein als Lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Das zerrissene „Große Rod“. Recht leichtsinnig hat der Sohn eines Gasknirs in Vorkhausen geandert, den Fortuna bei der letzten oarenen Partie der Düsseldorf Anstellung für christliche Kunst mit dem Haupteffen verlor. Er hat das Glückselig einige Zeit nach erfolgter Geburt verachtet, da er angeblich eine Geminnliste nicht erhielt und der Meinung war, nicht gewonnen zu haben. Erst vor einigen Tagen las er in der Zeitung, daß auf die Nummer 135.371 der Hauptgewinn, bestehend in einem Geldestand im Werte von 80.000 Mark oder 25.000 Mark in bar, gefallen sei, daß sich der glückliche Gewinner aber bisher nicht gemeldet habe. Die Verführung des jungen Mannes war groß, denn jetzt erinnert er sich, daß er der Besitzer der „Geldnummer“ gewesen war. Der Gewinn konnte ihm nicht mehr angedacht werden, da er das Rod nicht hatte, und überdies die Frist der Abhebung bereits verstrichen war.

Eine Prinzessin als Pferdehändlerin. Von der Prinzessin Alice von Bourbon, der jüngsten Tochter des verstorbenen Kronprinzen von Spanien, die nach ihrer Scheidung von dem Prinzen von Sachsen-Coburg-Gotha den italienischen Rentnant Del Brete heiratete, sind in Italien überraschende Nachrichten eingetroffen. Das Ehepaar hat sich in Florida mitberlassen, wo es einen erfolgreichen Pferdehandel treibt. Die Prinzessin soll durch ihre Kunstfertigkeit und Gerissenheit im Pferdehandel alle Welt verblüffen. — Schließlich ist der Pferdehandel immer noch ein Beruf der einen Zweck hat; vom Prinzessinnenberuf kann man das nicht sagen.

Selbstmordversuch einer Generalstochter. Die 24jährige Tochter des Generalmajors A. D. Frh. v. Röder, die im städtischen Pensionats von Wiesbaden als freiwillige Krankenpflegerin tätig war, brachte sich einen Revolveranschuss in die Lunge bei. Die Verletzung ist so schwer, daß die Dame kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Mit 35 Mann untergegangen. Nach Mitteilung des Antwerpener Hafenamts ist der belgische Dampfer „Dulacaria“ während der Fahrt von Rumänien nach Antwerpen im Golf von Biscaya mit 35 Mann Besatzung untergegangen.

Quasiökonomischer Wuch und Schulden wie ein Major. Pindareiter Häuser haben dieser Tage das folgende Infanat veröffentlicht: „Ein deutscher Prinz, der ein Kinetographentheater in Göttingen besaß, hat 700.000 Gulden Schulden bei, bereit einem unglücklichen Mann Herz und Hand, das eine zur Bezahlung der Schulden erlangende Wirtshaus erhält. Der Wucherer hat 40 Jahre alt, von demselben Wuch und hat zuletzt beim deutschen Kaiserhofe. Geändert zu berichten ist, daß der Prinz ungarisch spricht.“ — Ob er besser, als deutsch!

Der und sagt das Schulzeugnis eines Handwerker, das uns der Zufall in die Hände gespielt hat und das uns einen ganz interessanten Einblick in die ländlichen Verhältnisse unseres preussischen Vaterlandes gestattet. Es handelt sich um ein Zeugnis aus der nach gewöhnlichen preussischen Handgemeinderichtlinien konstruierten evangelischen zweiklassigen Schule der Gemeinde P. Peterwitz, Kreis Breslau, undpricht sich über die während eines Zeitabschnitts von 8 Jahren erteilten Schulkenntnisse seines Inhabers wie folgt aus:

Während der Zeit, in welcher er (B.) der oben bezeichneten Schule angehörte, waren a) der Fleiß: wenig befriedigend, b) die Fortschritte: wenig befriedigend, c) die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten: geringe, d) das Verhalten: befriedigend, e) der Schulbesuch: regelmäßig. — Sonstige Bemerkungen: 1. Religion, 2. Lesen, 3. Sprachlehre, 4. Frei- und Rechtschreiben: wenig befriedigend, 5. Schönschreiben: befriedigend, 6. Rechnen, 7. Raumlehre: wenig befriedigend, 8. Zeichnen: befriedigend, 9. Geographie, 10. Geschichte, 11. Naturgeschichte, 12. Naturlehre, 13. Singen, 14. Turnen: wenig befriedigend.

Bemerkungen: B. war sehr faul; es fehlte die älterliche Einwirkung.

P. Peterwitz, Datum. Unterschrift des Lehrers usw.

Um dem gesperrt gedruckten Teil der Bemerkungen: es fehlte die älterliche Einwirkung, richtig würdigen zu können, muß sich unser großstädtischer Volkswacht-Leser einmal etwas mit den Verhältnissen eines Landproletariats bekannt machen. Die Eltern des B. — der übrigens sonst ein ganz brauchbarer Mensch ist und zur Zeit auf einem im Breslauer Kreise gelegenen Dominium als Schweizer arbeitet — sehen bereits hoch in der fünfziger Jahre und arbeiten von früh von 8 Uhr bis Abends 7 Uhr, mitunter auch länger, auf dem in Peterwitz befindlichen Gute des reichlichen Krautjägers Herrn von J o h n s o n, eines mehrfachen Gutsbesizers. In der dortigen Gegend zählten allein circa ein halbes Duzend Güter (7 bis 8) zu Johannischem Besitz. Der Vater arbeitet nun auf dem Johannischen Gute in Peterwitz als Lohnarbeiter und erhält als Tagelohn pro Tag 1 Mark. Seine Frau, die natürlich auch auf dem Gute arbeitet, verdient täglich 60 Pfennig. Neben diesem enormen Verdienst erhalten sie allerdings noch und benehmen, es mag auch sein, daß sich der Verdienst für einige Wochen in der Ernte um ein paar Groschen steigert; immerhin verhindert dies nicht die Eltern ihre Kinder in der schulfreien Zeit mit auf dem Gute ihres Dienstherrn fronden zu lassen, wofür diese mit einigen Pfennigen entschädigt werden. So sind nicht nur die schulfreien Nachmittage, sondern auch die hochsommerlichen Ferientage für die Kinder des Landproletariats Arbeitstage, dazu da, um den geringen älterlichen Verdienst in etwas zu vergrößern. Daß dabei keine Zeit im Elternhause für Lern- und Bildungszwecke übrig bleibt, daß dabei weder die Eltern, die übrigens selbst kaum lesen und zu knapper Not ihren Namen schreiben können, weil es traditionell ihnen in ihrer Pindheit eben nicht anders ging, außerhande sind, sich mit ihren Kindern über Schuldinge zu befassen, wird jedem mit den ländlichen Verhältnissen vertrauten Landlehrer erklärlich sein. Es mutet uns deshalb die obige Bemerkung in dem Zeugnis höchst originell an, denn sie spricht eine zu herbe Sprache. Aus dem Zeugnis selbst, das auch auf Religion ein „wenig befriedigend“ gibt, geht hervor, daß hier selbst dem Pfaffen der Junker den Rang abläuft, ein Beweis, daß Junkerherrschaft und Volkerverdummung auf dem Lande ein und derselbe Begriff sind. Hier haben selbst für ein Ruralwahlrecht die Junker schon seit Jahrhunderten gearbeitet und durch die gewissenlose Ausbeutung ihrer Landarbeiter gefordert, daß die Wirteln Kenntnisse und Bildung unter letzteren nicht allzu sehr in Schwung kommen. Allerdings wird auch hier einmal der Zeitpunkt kommen, wo in diese Extra-Brosche geschlagen wird. Hand daran ist schon gelegt. Nur vorwärts!

Der Aufsichtsrat resp. Spektakel für Arbeiterinnen in unferem Betriebe befindet sich nicht über den Dampfstein, sondern es sind zwei ausreichend große Räume für Arbeiterinnen vorhanden, die mit den Betriebsanlagen in keinerlei engerer Verbindung stehen.

Was die Beschäftigung von Gefangenen anbetrifft, so ist dem Herrn Berichterstatter ebenfalls ein Verstum unterlaufen. Die bei uns beschäftigten Arbeiterinnen aus Schweden sind Korrigenden und keine Gefangene. Diese Arbeiterinnen werden so beschäftigt, wie es die Arbeitsordnung des Arbeits- und Landbauhauses in Schweden vorgeschrieben ist.

Der Verstum ist nicht bei uns, sondern bei der Firma. Korrigenden sind Gefangene! Der zu Gefangenen und Arbeiterinnen verurteilt wird, ist bis zu seiner Entlassung aus dem Arbeitshause Gefangener. Ja, die Korrigenden sind als solche schlimmer daran, denn als Gefangene im Gefängnis. Aber selbst wenn die Firma recht hätte: Ihr Ansehen würde nicht um ein Atom gehoben werden, wenn sie anstatt freie Arbeiter Korrigenden beschäftigt!

Die Krankenkasse „Hoffnung“ hielt am 28. d. Mis. im Gemeindefesthause ihre Jahresversammlung ab, die vom Vorsitzenden, Herrn Buchdruckermeister S e h n e r, geleitet wurde. Der Rentant, Herr W i d e r a, gab zu dem Fassenbericht pro 1909 ergänzende Erläuterungen. Danach hat die Kasse trotz der Erhöhung der Beiträge und des Eintrittsgeldes das Erhoffte nicht erreicht; das Geschäftsjahr 1909 schloß mit einer Mindereinnahme gegen die Ausgabe um circa 2000 Mark ab, obwohl die Mitgliederzahl um 160 geringer geworden ist. Die Mehrausgabe erklärt sich aus der Steigerung des Verpflegungsfalles in den Kur- und Verpflegungsanstalten, wie aus den überhaupt erhöhten Anforderungen an die Kasse. Die Jahresrechnungen einschließlich des Bestandes von 1908 von 1870 Mark und des vom Referendats abgehobenen Kapitals von 5457 Mark betrug insgesamt 102.395 Mark. Die Ausgaben einschließlich des vom Referendats wieder zugeführten Kapitals von 4442 Mark betragen 101.989 Mark. Es wurden verausgabt an Krankengeld 82.345 Mark (Vorjahr 51.779 Mark), Sterbegeld 3920 Mark (5228 Mark), Kur- und Verpflegungskosten 7270 Mark (6828 Mark), ärztliche Behandlung 12.578 Mark (12.669 Mark), Arzneien und Heilmittel 12.177 Mark (10.591 Mark), Verwaltungskosten persönliche 5945 Mark (6818 Mark), sächliche 1738 Mark (2270 Mark). Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1909 3955. Gestorben sind 38 Mitglieder. Der Referendats betragt 34.386 Mark. Dem Vorstande wurde Entlastung erteilt. Bei Vornahme der Vorstands-Ergänzungswahl hob eine sehr lebhafte Debatte an. Die freie Vereinigung der Kasse „Hoffnung“ hatte ein Flugblatt verbreitet, in welchem dargelegt wurde, daß trotz der Beitragssteigerung noch immer ein Rückgang der Kassenverhältnisse zu verzeichnen wäre. Soll die Kasse, heißt es weiter, zur früheren Blüte und Ansehen kommen, so müssen alle Parteirücksichten weichen und nur allein das Interesse der Mitglieder im Vordergrund stehen. Es wurde seitens der Herren Müller und anderer Redner entgegen, daß in den letzten vier Jahren sämtliche Kassen ihre Beiträge erhöhen mußten. Die Verpflegungskosten, das Arzthonorar, Arzneien und Heilmittel sind teurer geworden. In die Kassen werden überhaupt höhere Anforderungen gestellt. Die Kasse zahlte vom ersten Tage der Erkrankung an Krankengeld. Es sei ungeteilt, der Verwaltung irgend eine Schuld bezumessen. Die Verwaltungskosten seien gegen frühere Jahre erheblich niedriger geworden. Die 18er Kommission schlug als Vorsitzenden Herrn Schneidermeister B u r g u n d, als Schriftführer Schuhmachermeister M ü l l e r und als Kassier L ö b s e r K o l l vor. Herr S t o j e n t i n und andere schlugen Herrn W l a g a u als Vorsitzenden vor, der die Kassengeschäfte gut verstehe und mit den Behörden Verkehr wisse. Die Wahl erfolgte mittels Stimmzetteln, und zwar in besonderen Wahlgängen, so daß sich die Versammlung bis über Mitternacht hinaufzog. Im ersten Wahlgang erzielte B u r g u n d 172, W l a g a u 149 Stimmen, die Wahl wurde von dem strebsamen Herrn W l a g a u beanstandet; es erfolgte ein zweiter Wahlgang, bei diesem erhielt B u r g u n d wiederum die Mehrheit. Die übrigen Vorgesetzten der 18er Kommission wurden gleichfalls gewählt. Zum Schluß wurde die Entschädigung für die Verwaltung festgesetzt.

hervor, die kleineren Organisationen in größeren leistungsfähiger Verbänden zu verschmelzen, sind auch die Bräuerarbeiter im Begriff, nachdem es noch einmal abgelehnt wurde, einen allgemeinen Nachmittagsarbeiter-Verband zu gründen, wurde die Frage an die Mitglieder des Bräuerarbeiter-Verbandes gestellt, ob sie gewillt sind, sich mit dem M ä h l e n a r b e i t e r - V e r b a n d g e m e i n s a m t l i c h e n z u s c h l i e ß e n. Bei der am Sonntag Nachmittag abgehaltene Versammlung stimmten 428 für und 2 Mitglieder gegen die Verschmelzung mit dem Mähtenarbeiter-Verband.

Polgarbeiterversammlung. In der am 23. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung des Deutschen Polgarbeiterverbandes hielt Genosse K l e b e r einen Vortrag. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Über die Anträge wurde längere Zeit diskutiert, welche der zu Offizieren nachstehenden Gauskonferenzen unterbreitet werden. Zwei Anträge, welche von der Vertrauensmännerversammlung gestellt worden sind, wurden von der Verwaltung noch einmal durchberaten und umformuliert. Es handelt sich um die Streikunterstützung bei einer größeren Kinderzahl und um die Form der Krankmeldungen. Beide Anträge sind in der Fassung, welche die Verwaltung denselben gegeben hat, angenommen worden. Ebenso wurden zwei Anträge, welche Krause eingebracht hatte, von der Versammlung angenommen. Als Delegierte zur Gaunkonferenz wurden gewählt die Kollegen: Seibold, Frosch, Folger, Buntke und Kähler.

Ein schlauer Privatdetektiv. Die „Süd. Sta.“ berichtet: In der Filiale der Kaiserhofmüllerei und Warenhandlung von Otto S t e i b l e r auf der Kaiser Wilhelmstraße wurden im Oktober v. J. fortgesetzt Diebstahl ausgeführt, die nicht aufgeföhrt werden konnten. Der Geschäftsinhaber engagierte deshalb den hiesigen Privatdetektiv G e o r g H e r z b e r g z u e i n i g e n N a c h t w a c h e n i m G e s c h ä f t s l o c a l, w e l l v e r m u t e t w u r d e, daß die Diebe des Nachts mittels Nachschlüssels einbrechen und nach verübter Tat die Dabemühren wieder verschließen. Die Nachtwachen begannen am 26. Oktober und währten bis zum 30. Oktober. Schon am 27. Oktober erhaltete Herzberg seinem Auftraggeber einen schriftlichen Bericht, nach welchem bald in der ersten Nacht drei Einbrüche in das Geschäft eingedrungen seien, und sich Kaffee und Dessertwaren in Mengen angeeignet haben sollten. Die Diebstahler, von denen der eine sehr groß und stark gewesen sei, hätten den Rückzug auf demselben Wege, wie sie gekommen waren, angetreten, und seien im Nachbarhause, dessen Türe sie aufschloßen und deutlich vernehmbar zuschlugen, verschwunden. Wie Herzberg außerdem wahrgenommen haben wollte, habe eine vierte männliche Person während der Ausführung des Einbruchs an der Wandstärke „Schmiere gestanden“. Herr Steibler glaubte nun den Tätern auf der Spur zu sein, und er war erfreut, als er am 30. Oktober einen weiteren Bericht von Herzberg erhielt, nach welchem die Ermittlung des durch seine Größe und Stärke hervorragenden Diebstahlers gesichert erschien. Herzberg erzählte, daß er mit jenem Manne auf der Strassenbahn zusammengetroffen sei und daß er ihn bis an die Wohnung unbemerkt habe verfolgen können. Der Fremde sei an der Schornhorststraße abgestiegen und in ein Haus auf der Carmerstraße gegangen, nachdem er eine Zeilang mit der dort an der Türe lebenden Haushälterin geplaudert hatte. Weil Herzberg aber ferner hinaufsteig, daß er sich in der Person keinesfalls getäuscht habe und daß er dies vor Gericht mit gutem Gewissen unter dem Eide bestätigen wolle, benachrichtigte Herr Steibler die Kriminalpolizei. Nach kurzer Zeit wurde jedoch durch die Beamten festgestellt, daß die von Herzberg erstatteten Berichte zweifellos fingiert waren und daß er sich möglicherweise selbst an den Warenbeständen bereichert habe, bis er hinreichen sollte. Der Privatdetektiv wurde nun wegen versuchten Betruges und wegen Diebstahls unter Anklage gestellt, und in der Voruntersuchung sowohl wie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht gab er zu, die Berichte fingiert zu haben, um noch einige Nächte lang zur „Bewachung“ des Lokals engagiert zu werden. Die Ausführung des Diebstahls stellte er aber entschieden in Abrede, und durch Zeugenbezeichnung war auch hierfür kein Beweismaterial erbracht worden. Das Urteil lautete deshalb und weil der Angeklagte bisher noch unbestraft war, nur auf 51 Mark Geldstrafe oder 17 Tage Gefängnis.

Wie Herr Steibler erklärte, hat er den „Detektiv“ nur deshalb genommen, weil ihn Herr — G e s t e i n so warm empfohlen hatte! Darüber morgen Näheres.

* Die Wilsnitzer Dampfzigelei, Friedmann u. Fischer schreibt uns: Auf den Artikel über Wilsnitzer in der Wilsnitzer Dampfzigelei, in Ihrer Zeitung vom 23. cr., haben wir

Nur 6 Tage! Von morgen Sonnabend, den 26. Februar bis Freitag, den 4. März Nur 6 Tage! :: Inventur-Verkauf :: Kassa-Rabatt 10% Die einzelnen Läger bieten ganz hervorragend billige Kaufgelegenheiten für Damen- Tisch- Bett- Kinder- Wäsche Taschentücher, Herrenwäsche, Trikotagen, Strumpfwaren, Schürzen, Blusen, Kostüm Röcke, Unterröcke. Kleiderstoffe. Waschstoffe. Gardinen Vorhangstoffe Teppiche Portiären. Tischdecken, Schlaf- u. Steppdecken, Bettdecken, Linoleum, Läuferstoffe, Wandstübe, Bettstellen, Matrasen. In allen diesen Abteilungen sind grosse Partieposten — Modelle, Restbestände, Waren, die in den Auslagen gelitten haben, Reste von Leinen-, Baumwoll- und Modewaren — zusammengestellt und gelangen zu stauend billigen Preisen, ohne Rücksicht auf den früheren Wert, zum Verkauf. Preisermässigungen bis 50% Leinenhaus J. Mamlok, Kupferschmiedestrasse 42. Verkauf nur gegen bar! Umtausch ausgeschlossen!

Geschäfts-Eröffnung

Sonnabend, mittags 12 Uhr

Fertige Herren- u. Knaben-Garderobe

Mass-Anfertigung. © Berufsbekleidung.

Striegau, Ring 19 M. Wolff Striegau, Ring 19

Hotel „zum Deutschen Kaiser“.

996

Am 24. Februar, morgens 1 Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenen Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Frau Bertha Matla geb. Kutza

im blühenden Alter von 28 Jahren 17 Tagen.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte **Max Matla** nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen aus statt. 987

Am 24. Februar verstarb nach einem langen, schweren Krankenlager die Frau unseres Verbandskollegen Max Matla

Frau Bertha Matla geb. Kutza

im Alter von 28 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder des Zentral-Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zweigverein Breslau und Umgegend),

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen. 986

Stadt-Theater.

Freitag, 7 Uhr:
„Der Ring der Nibelungen“.

2. Tag:
„Tieftrieb“.

Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Wilhelm Tell“.

Abends 7 1/2 Uhr:
„Rigodon“.

Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Orpheus in der Unterwelt“.

Abends 7 1/2 Uhr:
„Madame Butterfly“.

Viktoria-Theater

Gastspiel **Henry Bender**

„Der süsse Doktor“.

Carl Schmitz

„Herbstmanöver“.

Abend 7 1/2 Uhr.

Lobe-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Der fidele Bauer“.

Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Ein Herbstmanöver“.

Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Die Dollarprinzessin“.

Abends 7 1/2 Uhr:
„Die geübte Frau“.

Zeltgarten

Dir.: H. Krzinski.

Abend:
Künstler-Vorstellung.

Mittwoch, Sonnabend
u. Sonntag nachmittag:
Kinder-Vorstellung.

Keine Preise.

Thalia-Theater.

Ständehaus:
Gruppe H. & Borkhaus.

„Der Schwabenreich“.

Sonntag, 7 1/2 Uhr:
Maria Stuart.

Billetverkauf Sonnabend von 10 bis 2 Uhr, Sonntag von 11-2 Uhr
im Stadt-Theater, im Thalia-Theater.

Palmengarten

Dir.: H. Krzinski.

Seit Freitag:
Bockfest

à la Hutschen.

2 Kapellen.

Kapellen 3 Gratis-Präzente
u. H. 11 Regulator!
Entrée frei.

9 Pf. - Refraktier - 9 Pf.

Schauspielhaus

Abend 8 Uhr:
„Reiche Mädchen“.

Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Die Förster-Christel“.

Lieblichs Etablissement

Seit Freitag:
Hartstein

mit best
glänzender Gebrauchs-Programme.

Abend 7 1/2 Uhr.

Der Billigverkauf für Sonntag-Nachmittag
ist eröffnet.

Fleisch billiger!

Schweinefleisch 70-80 Pf.
Rindfleisch 70-80 Pf.
ohne Knochen 80 Pf.
Kalbfleisch 75-80 Pf.

Viktoriastrasse 41.

**Stadt- und Hof-
Anzüge:**

Leibwäsche, nur hochmodern

A. Paulong, Silesstr. 3, I.

neben Hotel Schles. Hof.
Telephon 10779.

Westen - Näheres best. sucht
Westendstraße 17, 2. Stg.

Mädchen in Konfektion geübt,
in best. u. Mittelgegend.
u. f. Auguststr. 7, L. R. 1995

Obst. Möbel, Betten, Herd, Näh-
maschinen, Kinderwagen, Wohnung-
einricht., Nacht. auch hier. Paul Scholz,
967, Matthiassstrasse 132, 134.

Fleisch billiger!

Schweinefleisch 70-80 Pf.
Kalbfleisch 75-80 Pf.
Rindfleisch von 70 Pf. an.

Bohestr. 42.

Spezialgeschäft
für Solinger Stahlwaren

Grosse Auswahl in Taschen- u. Küchen-
messern, Zangen, Schraubenschlüssel,
Scheren u. a. in nur bester Qualität zu
billigen Preisen. Komplette Messer-
einrichtungen in 1600 bis 2000 Stk. mit
Preis von 3.00 RM. an. Sicherheits-
kassenschränke von 2.00 RM. an.
Quartierbrennmaschinen 3, 7 u. 10 mm
Schneid von 3.50 RM. an. 1529

H. Bretschneider,
Messerschmiedemeister
Supfenschmiedestraße 28,
3. Haus von der Stadtgasse.

Volksbräu g Pf.

wohlgeschmeckt, alkoholfrei

neu und gebraucht, sportbillig
Uhren, Fedr.-Winkelstr. 80, L. 1508

Die sicher wirksamsten
Spül-Spritzen

u. Fr. v. 4, 6, 8, 10, 12 M.
aus der Verkaufsstelle
Bygien. Versandhaus
Werner Schlegel,
Breslau I, Ege-
weg, jede Frau nur
Sep. Damenbed. Ver-
sand disk. Zehrl.
Anerkennung.

Eduard Bernstein:
Die
verschiedenen Formen
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pf.

Buchhandlung Volkswacht

Weltstoff??

Siehe Inserat in der Sonntags-Nummer.

Arbeiter - Wohnungen, sehr billig und doch schön und gesund,
sind in der Häusergruppe 1962
Märkischestraße 96/98 noch zu vermieten.

Neumarkt 44.

Schuhwaren

für Damen, Herren und Kinder
in einfacher und eleganter Ausführung
zu billigsten Preisen nur bei
Adolf Gottwald.
Neumarkt 44.

Neumarkt No. 45.

Blaue Reuling.
**Maschinen-
Jacken**
schräg und gerade

Hosen
waschecht und
dauerhaft.

Gustav Knauerhase
Inh.: Oskar Dehmel.
Füllale: Albrechtsstrasse 6.

Eduard Bernstein:
**Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens**

Preis 20 Pf.

Buchhandlung Volkswacht.

**Wir
empfehlen:**

**Der
dumme Teufel**

Die Katastrophe
der
Zentrumspolitik.

Preis 20 Pf.

Buchhandlung
„Volkswacht“.

Nur **Neumarkt** **Gebr. Barasch** **Wachtplatz**

Freitag u. Sonnabend

Lebensmittel

Schweinefleisch 70 Pf. Pfund 78 und	Retwurst 48 Pf. Pfund	Auszugmehl 5 Pfd. 102 Mk.	1 Glas Marmelade 18 Pf.
Kalbfleisch 68 Pf. Pfund	Zwiebelleberwurst 58 Pf. Pfund	Schneeflocke 5 Pfd. 100 Mk.	Grosse Linsen 23 Pf. 2 Pfund
Jung. Ochsenfleisch 65 Pf. vorzügl. im Geschmack Pfund 70 und	Knoblauchwurst I. Sorte 65 Pf. Pfund	Backobst 24 Pf. Pfund	Mostrich 17 und 15 Pf.
Karbonadenstück 85 Pf. Pfund	Wiener Würstchen 24 Pf. 3 Paar	Pflaumen 20 Pf. Pfund	Apfelsinen 29 Pf. Dtz.
Frischer Speck 78 Pf. Pfund	Frische Eier 75 Pf. Mdl. 85 u.	Oelsardinen 38 Pf. Büchse	Zitronen 35 Pf. Dtz.

Pflanzenbutter
ein neuer
Butter-Ersatz!

Die anhaltende Steigerung der Naturbutterpreise hat mehr und mehr zur Verwendung geeigneter Butter-Ersatzmittel und namentlich der Pflanzenbutter-Margarine geführt. Von letzterer sind besonders beliebt von den Bergh's bekannte Marken

«Palmkrone» und «Palmstolz»

die besten Naturbutter in jeder Verwendungsart gleichkommen. In allen einrichtl. Geschäften erhältlich.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung, Donnerstag, den 24. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Stat des Reichsamts des Innern.

Abg. Werner (Kaufl.) verlangt Schutz der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes. Mit der Gewerbefreiheit komme das Handwerk nicht weiter. Es brauche den großen Beschäftigungsmächtern auch mächtig die Warenhändler wirksam bekämpft werden.

Abg. Öbring (Zentr.): Eine Maßnahme im Tempo der Sozialpolitik könnte das Handwerk brauchen, aber es dürfte nicht etwa halt gemacht werden mit dem Schutze des gewerblichen Mittelstandes. Hunderttausende, deren ganze Existenz davon abhängt, warten mit Herzopfern auf die Winda diese Frauen. Für die Arbeiter ist viel geschehen, aber die Handwerker sind ohne genügende Staatshilfe geblieben. Redner kommt auf die katholischen Gesellenvereine zu sprechen und äußert Freude, daß selbst

Der fleißigjährige Rebel

in seinen Memoiren den guten Geist rühmt, den er seinerzeit bei den Gewerkschaften in Salzburg, München und Freiburg gefunden hat. (Bravo im Zentrum.) Redner verlangt noch Einschränkung des Ausfuhrhandels, polemisiert gegen den Handabund, von dem das Handwerk nichts wissen wolle und verlangt noch einmal, daß der Staat dem Handwerk hilfreich beistimme. (Vehementer Beifall im Zentrum.)

Abg. Pindel (natl.): Die zahlreichen Resolutionen zeugen von dem regen Interesse, das die Öffentlichkeit in steigendem Maße an den Mittelstandsfragen nimmt. Viele, wenn auch nicht alle Klagen des Mittelstandes sind begründet. Eigene Tätigkeit und gute Ausbildung sind und bleiben die besten Mittel des Fortschritts, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung dem Handwerk ungünstig ist. Das Exzessionswesen ist verwerflich, bedenklich. Die Wanderlager sind ein schwerer Schaden für den deutschen Mittelstand. Das helle Kapital des Handwerks sind immer noch zwei arbeitswillige Hände und eine gute Volksschulbildung, aber gerade daran fehlt es leider vielfach, namentlich in konservativen Provinzen, wie z. B. in Ostpreußen. (Sehr richtig! links.) Der Mittelstand bedarf ferner eines rüstigen Selbstbewußtseins. Ein solches wird aber nicht gerade gefördert durch ein so elendes Wahlrecht wie das preussische. (Vehementer Beifall links.) Auch die sogenannte Finanzreform war alles eher als mittelstandsfeindlich. (Veh. Beifall bei den Natl.)

Abg. Carstens (freil. Wp.): Ueber die Notwendigkeit eines gefunden Mittelstandes sind wir uns alle einig, nur nicht über die Wege und Ziele. Ich stimme dem Vorredner darin zu, daß eine gesunde Wahlrechts- und Steuerpolitik die beste Mittelstandsstütze ist. (Veh. Beif. links.) Redner beklagt die vielfache Eingebung nicht hierher gehöriger Wähler bei Gelegenheit der Wahlberatung, z. B. die Polemik zwischen Bund und Landwirte von Danzabund. Dabei rüht uns jetzt gemäß noch eine lange unangenehme Rede des Herrn Diederich Bahn (Zentr.). In bezug auf die Menge der Revolutionen. Die Ausbringung des Staatsvertrages lassen Klarheit und feste Stellungnahme zu sonderlichen Forderungen vermischen. Er sprach von dem wünschenswerten Vertrauen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern; warum sonst er nicht das Vertrauen gewinnen? (Sehr gut! links.) Wie stellt er sich zu den Sicherheitsmännern in Verbindung der Heranziehung der Arbeiter zur Paulantolle, und vor allem, wie denkt er über die preussische Wahlrechts-Vorlage, die sehr gerichtet ist, die Regel der Sozialdemokratie zu schwächen? (Veh. Beif. bei den Liberalen.) Herr Öbring bemerkt, daß man durch Eingriffe in die Gewerbefreiheit dem Mittelstand nicht hilft. (Bravo! bei den Freil.)

Abg. Koch (Sozialdemokrat):

Daß wir unglückliche Handelsverträge schließen müssen, das haben wir schon im Jahre 1902 vorausgesehen. Die Herren, welche diese Schwierigkeiten verschuldet haben, sollten sich jetzt nicht beschweren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Staatssekretär meine schuldlosartigen Bestrebungen seien auch in anderen Ländern vorhanden. Aber gerade Deutschland hätte allen Anlaß gehabt, so eben Bestrebungen entgegen zu treten, weil es seine Industrieerzeugnisse ablegen muß. Man hat aber die Kartelle. Aber sie sind ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung, des notwendigen Zusammenhanges des Großkapitals. Eine Handvoll Personen beherrscht diese Kartelle und macht sich dadurch zu den wahren Herren des nationalen Wirtschaftslebens. Diese Kapitalinhaber können gar nicht im allgemeinen Interesse arbeiten, sie müssen für Dividenden sorgen. Der Staatssekretär hat recht; selbst wenn man den Kartellen eine gewisse Kontrolle anerkennet, so hilft das nicht viel. Der Grund von allem ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln, und solange dieser Grund bleibt, bleiben auch die besagten Erscheinungen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Gesamtheit des Volkes müßte ein Kontrollrecht haben über die wichtigsten Bodenschätze; anstatt dessen aber strebt die Regierung nur nach der Zurückbehaltung des Zentralverbandes der Industriellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von seiner Stellung zu den sozialpolitischen Fragen sprach der Herr Staatssekretär kein Wort. (Der Staatssekretär lächelt.) Ihm mag das lächerlich vorkommen, den Arbeitern ist es keineswegs lächerlich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unsere sozialpolitischen Ansprüche sind aus der Not der Arbeiter heraus geboren. Wir verlangen, daß der Staatssekretär, wie es sein

Rebe und Antwort siehe.

(Veh. Beif. bei den Soz.) Vielleicht stehen wir am Ende der wirtschaftlichen Krise und müssen uns die Frage vorlegen, welche Lehren wir zu ziehen haben. Der Reichsminister hat im Deutschen Landwirtschaftsrat gesagt, Deutschland habe die Krise ohne gefährliche Erschütterung überstanden. (Sehr richtig! rechts.) Sie wissen: Sehr richtig! Sie sprechen nämlich nur von einer gefährlichen Erschütterung, wenn Sie selbst unmittelbaren Schaden erleiden. (Beif. b. d. Soziald.) Für Sie war die Krise gewiß nicht schwer. Aber den Arbeitern hat sie

außerordentliche Arbeitslosigkeit

gebracht. Was müssen diese Arbeiter empfinden, wenn trotz dieses Glanzes die Lebensmittel durch Holz- und Wirtschaftspolitik noch immer verteuert werden! Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt sich deutlich an der Abnahme der Geburten und der Geburten, sowie an der Zunahme der Sterblichkeit in den Arbeiterkreisen. Bei solch traurigen Erfahrungen sind wir verpflichtet, hier zu fragen, was geschehen soll! Dieses umsomehr, als in bester Zeit die herrschenden Klassen infolge ihrer Wirtschaftspolitik geradezu

glänzende Geschäfte

gemacht haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kurs der Aktien der Deutschen Bank ist beziehungsweise noch nie so hoch gewesen, als 1908 und 1909.

Bei diesem Gegensatz zwischen dem Glanz der Arbeiter und dem Aufschwung des Großunternehmens müßte es uns so erheitern, daß die Arbeitgeberverbände im Gefühl ihrer Kraft in der richtigen Weise gegen die Arbeiter vorgehen. Wie weit der Arbeiter geht, zeigen die gestrigen Ausführungen des Grafen Carmer, der sich gegen den Zentrumskandidat auf Schutz des Koalitionsrechtes wandte. Der Arbeiter der Unternehmer zeigte sich auch bei der gegenwärtigen Demonstration der Arbeiter in Frankfurt a. M. im dem besten Vorgehen der Polizei jeden Anlaß zu nehmen, wollen die Arbeiter eine Versammlung am Tage abhalten, aber eine ganze Reihe von Fabrikanten erlaubte sich die Unverschämtheit, den Arbeitern zu sagen: Das dürft Ihr nicht! Die Ar-

beiter sollen eben Sklaven sein, der Fabrikant der Herr. Die Frankfurter Arbeiter haben sich aber nicht gefallen lassen. 25.000 sind in Versammlungen zusammengetreten, und alles verlief ruhig, weil die Polizei sich zurückhielt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In Bezug auf das

Wahlgeheimnis

bei den Reichstagswahlen habe ich an den Staatssekretär eine Frage zu richten. Der frühere Staatssekretär, jetzige Reichsminister, hat die Prüfung der Frage ausgelassen, ob zur Sicherung des Wahlgeheimnisses eine besondere Wahlurne vorgeschrieben werden soll. Nun hat Professor Siegfried-Königsberg mehrere Pakete, in denen sich auch Wahlurnen befinden, an das Ministerium geschickt, er erhielt sie nach angeblicher Prüfung zurück. Es zeigte sich aber, daß mehrere Pakete gar nicht geöffnet waren. (Weiterkeit.) Ich erlaube mir die Frage, wie verhält sich das.

In seiner Rede sagte der Staatssekretär, er wolle sich bemühen, die Gewissnisse zu mildern. Schon seit Jahrzehnten bemüht sich das Reichsamt des Innern in dieser Weise. Aber es geschieht auch nicht das allerwenigste, was die Arbeiter brauchen. (Vehementer Sehr richtig! bei den Soz.)

Ueber die Rettung des Mittelstandes haben wir auch heute wieder lange Reden gehört. Aber können Sie doch einmal die Hand wachen, ob durch die Mittelstandspreise schon jemals ein Handwerker vor der Konkurrenz des Großkapitals bewahrt worden ist. Bald will man die Konsumvereine, bald die Warenhändler verbieten. Warum nicht die Fabrikanten oder die Eisenbahnen, damit die Arbeiter nicht zugrunde gehen? Mit all diesem Gerede wollen Sie sich gar nicht gegen die Entwicklung, das wissen Sie auch, selbst sehr gut. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun wollen Sie den neuen Mittelstand vor Ihren Wagen spannen. Aber was ist für die Privatbeamten geschehen? Gar nichts. Die Einkünfte des Staatssekretärs hieran waren nur Redensarten. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen eben nichts tun. (Veh. Sehr richtig! bei den Soz.) Weil das Reich infolge des Militarismus die Gelder nicht anbringen kann für soziale Probleme. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn die bürgerlichen Parteien nur ernstlich wollten, so hätten sie es ja in ihrer Macht, die Regierung zur Sozialpolitik zu zwingen. — Bei jedem von bürgerlicher Seite gestellten Antrag auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes will ich mich verpflchten nachzuweisen, daß das Gleiche

schon früher von uns beantragt,

war, daß die bürgerlichen Parteien aber die Gelegenheit vorbegehen lassen, ohne irgend etwas zu tun. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nicht eingetrig sind auch die den Landarbeitern gemachten Versprechungen. Bei der Verabschiedung des Zolltarifs wurde gesagt, wenn die Landwirtschaft gefördert ist, sollen die Löhne der Landarbeiter erhöht werden. Aber nichts, gar nichts ist gehalten worden. (Veh. Beif. b. d. Soz.)

Die Lohnverhältnisse auf dem Lande

sind noch genau so schlecht wie früher. Und trotzdem scheute sich Graf Carmer nicht, hier anzunehmen, daß ganz Deutschland aus den Fugen geht, wenn die Landarbeiter das Koalitionsrecht erhalten. Wir erleben es immer und immer wieder, daß Landarbeiter zu uns kommen, denen in der schändlichsten Weise der Lohn vorenthalten wird, sie sind ein'ach rechtlos. (Veh. Beif. bei den Soz.) Die Regierung ist immer bei der Hand, wenn es gilt, die Profitinteressen der Unternehmer zu schützen oder die Arbeiter mit Abgaben und Steuern zu belasten. Wenn es aber gilt, diesen Druck zu mildern, Mühsal zu beseitigen, dann verlagert die Regierung. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was an Arbeiterschutz erungen ist, das haben wir in langem zähen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung erungen. (Veh. Zustimmung bei den Soz.)

Die Not der arbeitenden Bevölkerung ist aber so uneben, daß wir mehr Mühe auf die Interessen der Arbeiter veranlagen können. Auf den guten Willen der Regierung können sich die Arbeiter nicht verlassen. Verlassen können sie sich nur auf starke wirtschaftliche und politische Organisation, welche die bürgerlichen Parteien und die Regierung zwingen werden, ihren Forderungen nachzugeben. (Veh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Delbrück:

Es wird mir beim besten Willen nicht gelingen, die Zufriedenheit der Sozialdemokratie zu erlangen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen Koalition, die Sozialdemokratie will Revolution. (Gu, hu! b. d. Soz., Lautes Sehr richtig! rechts.) Man braucht bei Revolution nicht gleich ein starkes Waffen zu denken. — Die Sozialpolitik ist in der letzten Zeit keineswegs zur Ruhe gekommen. Gewiß habe ich es abgelehnt, einseitig das Koalitionsrecht der Arbeitgeber zu beschneiden, und ich habe die Zeit als noch nicht reif für den obligatorischen paritätischen Arbeitsschutz bezeichnet; aber was zur Zeit auf diesem Gebiete möglich ist, leistet das neue Stellenvermittlungsgesetz. Ich bin ein entschiedener Anhänger der Sozialpolitik, aber sozialpolitische Maßnahmen können nur in Zusammenhang mit dem gesamten Wirtschaftsleben beurteilt werden. (Vehementer Zustimmung r. s.) Ueber das, was im Interesse der Volksgesundheit erforderlich ist, hinaus muß die Frage der Arbeitszeit der privaten Vereinbarung überlassen werden. (Vehementer Zustimmung rechts.) Eine Reichsarbeitslosen-Versicherung und ein Reichsurlaubsgesetz sind auf lange Zeit nicht ausgangig; die erste Frage muß vorläufig den Kommunen überlassen werden, und die Aktion des Bergewesens ist von den Einzelstaaten in Angriff genommen worden. Als preussischer Minister habe ich nach harten Kämpfen Einführung von Sicherheitsmännern durchgesetzt. (Zuruf bei den Soz.: Sie sind danach!)

Ein paar Worte über die Frage der Wahlurnen. Unfraglich muß das Wahlgeheimnis geschützt werden. (Vehementer Beif. links: Preußen!) In Preußen besteht die öffentliche Wahl, im Reich die geheime Wahl zu Recht. Das gesetzlich bestehende Wahlgeheimnis im Reich muß selbstverständlich geschützt werden. Ich bestreite, daß die jetzige Methode der Urnenwahl irgendwie im beträchtlichen Maße das Wahlgeheimnis gefährdet. (Eilmündlicher Widerspruch bei den Soz.) Ich will aber trotz der zu erwartenden hohen Kosten die Frage, ob sich die generelle Einführung des von Professor Siegfried-Königsberg eingeschlagenen Urnenmodells empfehlen kann, erörtern. Redner streift weiter verschiedene Mittelstandsfragen und schließt unter lebhaftem Beifall der Redner.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

27. Sitzung, Donnerstag, den 24. Februar, Mittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: v. Moltke. Die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. v. Moltke (freikonservativ)

(auf der Tribüne zunächst unverständlich) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Liebknecht. Wenn der alte Wilhelm Liebknecht, der mit den Fortschritten der radikalsten Richtung aus den 50-60er Jahren in inniger Verbindung stand, mit Männern wie Marx und Engels, den damaligen Größen des Tages, die aber doch noch weiter ausstrahlen bis in die heutige Zeit, aus dem ganzen Schicksal seiner Erfahrung und seines Wissens heraus sprach, so machte das doch einen ganz anderen Eindruck, als die Reden der heutigen Führer der Sozialdemokratie, des Herrn Stadthagen, des Herrn Gode-Soffmann und selbst des Herrn Dr. Karl Diederich. Wenn man diese Führer oder Befürworter des Volkes hört, so muß man doch daran zweifeln, ob wirklich Dr. Karl Diederich Recht hatte, wenn er gestern emphatisch ausrief: „Uns gehört die Zukunft!“

Ich dachte bisher, die „Zukunft“ gehört Herrn Maximilian Harden. (Weiterkeit rechts.) Aber eines muß ich Herrn Dr. Liebknecht doch ausgeben, er ist nach meinem bescheidenen Dafürhalten ein großer Verwandlungskünstler, ein Prestidigitateur, — ich will das Wort Zaphenpieler nicht gebrauchen. — Er hat es fertig gebracht, im Sandumdrehen aus dem preussischen Reichsstaat, dem eine vielhundertjährige Entwicklung als Vorbild dient, an dem die besten Männer ihrer Jahrhunderte mitgearbeitet haben, den radikalen Sozialismus zu machen. — Herr Liebknecht behauptete, auf einzelnen Polizeiwachen werde gewohnheitsmäßig gepöbeln. Ich bin kein Freund vom gewohnheitsmäßigen Prügeln, aber selbst wenn es der Fall wäre, so wäre doch das gewohnheitsmäßige moralische und ethische Prügeln, das Sie seit Jahrzehnten durch Ihre Presse an dem deutschen Volke ausüben und was sich ein großer Teil des Volkes von Ihrer Revolverpresse erbarmungsvollrigetweise gefallen läßt, tausendmal schlimmer. (Große Unruhe b. d. Soz.; Bravo! rechts.) Die Wohlthat, die der sogenannte nackte Volksherrschast den Arbeitern bietet, genießen diese ruhig mit. Sie aber zwingen die Arbeiter, noch hohe Beiträge an Ihre Kassen abzuführen. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Girsch: Freiwillige Beiträge! Abg. Liebknecht: Die alten Märchen! Von diesen Beiträgen geben Sie dann große Unterstellungen an das Ausland. (Sehr richtig! rechts.) Ihre Devise: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit legen Sie in Ihrem besonderen Sinne aus. Sie wollen die Freiheit, die Sie meinen, unter Gleichheit verstehen Sie nicht die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern die allgemeine Gleichheit, auch des Eigentums. Redner erzählt die alte Geschichte von Rossifild und dem Teufel. Wie Sie die Gleichheit des Eigentums aufweisen, hat sich bei früheren Demonstrationen in Hamburg gezeigt. Da wurde bei der Gelegenheit am Abend ein Jambellerladen geplündert, wobei keineswegs nur der Laden beteiligt war, und wenn auch, so kamen Sie doch als Kuffler in Betracht. (Lachen bei den Soz.) Was nun Ihre Willkür betrifft, so handeln Sie nach dem Wort: Und willst Du nicht mein Bruder sein, so Schlag ich Dir den Schädel ein! (Sehr gut! rechts; Lachen bei den Soz.; Zuruf: Nun kommt noch die Weibergemeinschaft! Unter dem Recht auf die Straße verstoßen Sie die Willkür, Ihre Herrschaft über die Straße. (Sehr richtig! rechts.) Bei den Straßendemonstrationen sind Sie selbst immer hinter den Kulissen. (Unruhe bei den Soz.; Rufe: Unwahr!) Ich werde das zurdanehmen, sobald Sie mir noch weisen, daß Sie an der Spitze der Demonstrationen gewesen sind. (Sehr gut! rechts; Lachen bei den Soz.) Jedenfalls sind Sie geschickte Regieführer. Gehen Sie lieber ins Marionettentheater in der Potsdamerstraße. Wenn da die Statisten einmal umfallen, schadet das nichts, wenn aber die Statisten auf der großen Volksschuh einmal umfallen werden, so gibt es eine große Tragödie. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Liebknecht schließlich mit dem Massenstreik gedroht hat, so erinnere ich ihn an die Erfahrung mit dem schwebischen Generalstreik. (Abg. Liebknecht: Denken Sie doch an den belgischen Generalstreik!) Fahren Sie nur so fort, um so eher wird das Volk sich über Sie klar werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Cassel (Freil. Volksp.):

Ganz so, wie der Herr Vorredner meinte, liegen denn doch die Dinge in Preußen nicht. Tatsächlich haben wir in Preußen ein konservatives Parteiregiment. Dabei haben die Liberalen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung gezeigt, was sie politisch Schöpferisches leisten können. Die Erlasse des Ministers über die unparteiliche Ausführung des Reichsverwahrgesetzes sind gewiß sehr schön, aber sie werden nicht ausgeführt. Ich erinnere an den Pieler Fall. In Berlin hat der englische Arbeiterführer Macdonald ruhig in englischer Sprache in Versammlungen sprechen dürfen. (Hört, hört! links.) Wie entspricht es weiter der angeblichen Parteilosigkeit der Regierung, wenn Mandatäre auf die Lehren einwirken, damit sie konservativen Vereinen beitreten? (Hört, hört! links.) Unter diesen Umständen müssen wir es entschieden bekämpfen, wenn durch die neue Verwaltungsreform der Einfluß der Landräte noch vermehrt werden soll. Die Dezentralisation der Verwaltung kann besser dadurch erreicht werden, daß die Befugnisse der Selbstverwaltungskörper ausgedehnt werden. — Was die Straßendemonstrationen anlangt, so wollen wir, daß ohne Rücksicht auf die Parteilichkeit Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge dem Gesetze gemäß nur verboten werden, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Werden solche Versammlungen grundlos verboten, so haben die Veranstalter das Recht, sich zu beschweren. (Lachen bei den Soz.) Es sollten aber Versammlungen und Umzüge ohne Erlaubnis unter keinen Umständen stattfinden. Ergeben sich aus der Abhaltung verbotener Umzüge Unzuträglichkeiten, so tragen die Veranstalter die Verantwortung. (Sehr richtig! rechts.) Abgesehen von der Rechtsfrage halten wir die Straßendemonstrationen nicht für zweckmäßig, weil wir der Überzeugung sind, daß Erfolge auf politischem Gebiet bei uns nicht durch Straßendemonstrationen erzielt werden können, sondern nur durch den Kampf der Geister. (Sehr richtig! bei den Freil.) Gewiß mag es sein, daß die Ordnung bei den letzten Umzügen größtentheils den sozialdemokratischen Ordnern zuzuschreiben ist. Aber es wäre wohl nicht ohne Unordnung abgegangen, wenn die Berliner Polizei nicht in außerordentlich geschickter Weise ihre Schuldigkeit getan hätte. (Sehr richtig! rechts.) Was würde geschehen, wenn nun auch andere Parteien Umzüge veranstalten würden und zwei gegnerische Flüge aufeinanderstießen? (Sehr gut! bei den Freil.) Auch in England greift übrigens die Polizei bei Umzügen im Notfall sofort ein. (Sehr richtig! rechts.) In solche Demonstrationen müßten sich immer auch Elemente ein, die nur auf Schaden ausgeben. Wir sind überzeugt, daß bei der Regierung keine Tendenz vorlag, durch Instruktion an die Beamten Einwirkungen herbeizuführen, sie hat im Gegenteil alles getan, um unnützes Hinderliches zu vermeiden. In Frankfurt tritt bei die Verantwortung, der das erste Blut vergossen hat, und das sind hier die Massen. (Widerspruch bei den Soz.) Meinen Sie denn, die Leute hätten ganz zufällig Revolver und gestohlenen Pfeffer mit auf den Umzug genommen? (Sehr gut! bei den Freil.) Nein, sie waren von vornherein auf einen Zusammenstoß mit der Polizei eingetrigtet. Es ist ja möglich, daß auch hier es Nichtsozialdemokraten, sondern lediglich radikalistische Elemente waren, die die Polizei provozierten, aber das spricht eben gegen solche Kundgebungen. Wir verwerten die Straßendemonstrationen, wir wollen unsere Ziele durchsetzen im geistigen Kampf, und wir wissen uns darin eins mit unseren Wählern. (Vehementer Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.)

Minister v. Moltke:

Positive Vorschläge zur Verwaltungsreform werden hoffentlich schon in der nächsten Sitzung gemacht werden können. Das die Befestigung der Staatsämter nach politischen Gesichtspunkten erfolgt, muß ich zurückweisen. Ich folge bei der Befestigung der Beamtenstellen lediglich den Interessen des Diensts. (Lachen bei den Soz.) Herr Cassel hat Befestigung gefordert über die unfähige Abonnentenwerbung durch den Sonntag für die „Kontinental Zeitung“ in Adeln. Ich habe dem betreffenden Kandidat eröffnet, daß er mit der Übernahme einer Aufsichtsratsstellung in der Aktiengesellschaft dieser Zeitung die Befestigung nicht, sondern jeder Beeinträchtigung des Publikums zu Gunsten dieser Zeitung zu enthalten, daß in der Inanspruchnahme der Gemeindevorsteher zu Abrechnungszwecken eine unangelegte Beeinträchtigung zu vermeiden sei. Sie werden mir natürlich ausgeben müssen, daß die Santhabung des Verwaltungsverfahrens

mit aus ihm jede Rücksicht auf Parteinteressen erfolgt. (Bravo!)

Abg. Switala (Vole)

Nicht Beschwerde über die schändliche Handhabung des Vereinsgesetzes gegen die Polen. Der Redner bringt eine Reihe von Fällen vor, in denen die Polizei mit Gewalt in geschlossene polnische Versammlungen eingedrungen ist, gründliche Freiheitsverhandlungen vorgenommen hat usw. Die Unterbeamten würden bei ihrem rechtswidrigen Verhalten von den Vorgesetzten gedeckt. Die Prozeduren der Polizeispitzel trüge noch dazu bei, die Polen zu verblöden. Es sei eine Ehrenpflicht des polnischen Volkes, bis zum äußersten für die Erhaltung seiner Nationalität zu kämpfen. (Bravo! bei den Polen.)

Unterstaatssekretär Holz bestreitet, daß die Polizei Spitzel als Provokateure benutzte habe.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Graf Pfeil vor dem Oberkriegsgericht.

S. u. E. Thron, 23. Februar.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Die heutige Verhandlung begann mit der Verlesung der Ehescheidungsakten des gräflich Pfeilischen Ehepaares. In der ersten Instanz vor dem Landgericht in Weichselburg im Jahre 1904 wurde die Gräfin abgewiesen und ihr zugleich aufgegeben, die häusliche Gemeinschaft wieder herzustellen. Sie legte daraufhin Berufung ein und das Oberlandesgericht Breslau entschied nach Anhörung zahlreicher Zeugen, daß

beide Teile schuldig

sind und die Kosten des Verfahrens gleichmäßig zu tragen hätten. Aus der Verlesung der Akten, die nahezu vier Stunden in Anspruch nahm, geht hervor, daß die Zivilgerichte in zweiter Instanz durchaus auf Grund der Aussagen derjenigen Zeugen entschieden haben, die jetzt ihre Aussagen geändert haben. Die Tatsache der erfolgten Mißhandlung der Gräfin Pfeil geht aus den Akten deutlich hervor. Christigen und Büffe sind danach in der gräflichen Ehe die Regel gewesen und sogar die Reitweische soll hier und da in Aktion getreten sein. Die ihm zur Last gelegten noch schwereren Mißhandlungen, die zum Teil auf jenseit-pervertem Gebiete liegen, hat der Graf damals abgeleugnet.

Im Anschluß an die Verlesung der Akten beschloß das Kriegsgericht die Ladung eines Kellners Büttner aus dem Hotel „Drei Kronen“ in Jauer, der gesehen haben soll, daß der Angeklagte die Gräfin wiederholt mit einem Besen mißhandelt hat. Weiterhin beantragte die Verteidigung den Regiments-Kommandeur des 129. Infanterie-Regiments in Graubenz, Oberst von Ribsch, und den Hauptmann von Baurmeister als Zeugen darüber zu laden, daß sie seinerzeit dem Angeklagten Grafen Pfeil nahegelegen hätten, auf seine Gattin dahin einzumirken, daß sie als Offiziersfrau in ihrem Verhalten den Standesgemäßem als bisher entsprechen möge. Nachdem ferner die Gräfin Pfeil selbst mit der Behauptung hervorgetreten sei, daß ihre Kinder von dem Grafen Pfeil einer nicht angemessenen Pflege überwiesen worden seien, beantragt die Verteidigung schließlich auch noch die Ladung des konföderativen Reichs- und Landtags-Abgeordneten Freyherrn v. Richthofen v. Merischütz, der bekanntlich der vom Vormundschaftsgericht Graubenz eingesetzte Pfleger ist, und seiner Schwester, der Baroness Karoline von Richthofen, damit sich das Gericht davon überzeuge, welcher Art die Persönlichkeiten seien, denen der Graf seine Kinder zur Erziehung übergeben habe. Allen diesen Anträgen wurde vom Gericht stattgegeben.

Inzwischen war der gestern geladene Psychiater Stabsarzt Dr. Spohnberger aus Polen erschienen und gab dem Gericht in längeren Ausführungen einen Ueberblick über den körperlichen und Geisteszustand des Angeklagten. In Bezug auf das Vorleben des Angeklagten teilte er an der Hand der ihm von dem Angeklagten selbst gemachten Angaben hierüber mit, daß die Familie des Angeklagten mit einer großen Nervosität bzw. hysterischen erblich belastet sei. Schon der Großvater des Grafen sei ein sehr heftiger jähriger Mann gewesen und sein Vater und seine Mutter hätten infolge gewisser Nervenkrankheiten, über die sich der Sachverständige nicht näher äußert, unter dem Trude einer Epilepsie erkrankt gefunden, die bei der Mutter schließlich dahin führte, daß sie die letzten Jahre ihres Lebens in einem Sanatorium verbrachte. Der Vater, ein

heftiger, auffallend reizbarer Mann

habe an Melancholieanfällen gelitten und die Geschwister des Angeklagten seien ebenso wie dieser selbst nervös und jähzorniger Natur. Sie neigten fast alle zur Hypochondrie und einzelne sind auch in ihrer Entwidlung zurückgeblieben. Auch der Angeklagte sei in seiner geistigen Ausbildung schon als Kind demnach zurückgeblieben, daß er in der Schule nicht mit am Schluß auf eine Pflanze gebracht werden mußte, trotzdem er das Examen nicht bestand.

Darauf wurde in die Vernehmung des ersten Zeugen, des früheren Burschen des Angeklagten, Jansen, eingetreten. Der Zeuge erklärte: Ich bin froh, daß ich mein Gewissen entlasten kann. Ich habe bisher nur für meine Familie Sorge gehabt und will jetzt die Wahrheit zu ihrem Rechte kommen lassen. Der Zeuge erzählt dann, daß er zwei Jahre Bursche bei dem Grafen Pfeil gewesen sei und sich die erste Zeit in diesem Dienst nicht wohlgeföhlt habe, da der Graf oft sehr heftige Zornesausbrüche gehabt habe. Aufgefordert, Tatsachen hierüber anzugeben, erklärt der Zeuge: Graf Pfeil hat mich einmal derart bedroht, daß ich zur Kompagnie zurückging und dort um meine Ablösung gebeten habe, weil ich mich vor dem Grafen fürchte. Die Ablösung wurde mir aber nicht bewilligt, vielmehr kommandierte mich der Selbstweibel aufs neue als Bursche zu dem Grafen ab und ich mußte wieder hingehen. — Verhandlungsführer: Was wissen Sie überhaupt über das Verhältnis der beiden Ehegatten zu einander? — Zeuge: Es war kein glückliches. Einmal waren sie zärtlich zu einander, das andere Mal waren sie groß. — Verhandlungsführer: Na, das ist ja in jeder Ehe so. (Weiterf.) Wer hat denn an den ehelichen Streitigkeiten wohl die Hauptschuld getragen? — Zeuge: Die Schuld lag auf beiden Seiten. — Verhandlungsführer: Wissen Sie einzelne Episoden anzugeben? — Zeuge: Als die Gräfin fort war, hat der Graf die ganze Dienerschaft zusammenberufen und eidesstattliche Versicherungen verlangt. Ich wurde auch nach Breslau geschickt, um im Auftrag des Grafen die Gräfin zur Rückkehr nach Jauer zu bewegen. Ich habe sie aber nicht gefunden. Der Graf war sehr unglücklich darüber, ich habe ihn aber getrüffelt. Der Zeuge wird dann über seine verschiedenen eidesstattlichen Versicherungen zur Sache gefragt und gibt zu, daß einzelne derselben unrichtig seien. Es sei z. B. von ihm angegeben worden, es hätte an Wäsche für die Kinder gemangelt und die Gräfin hätte sich nicht um die Kinder gekümmert. Das sei eine Unwahrheit, denn die Gräfin habe sich stets um die Kinder gekümmert, sie sei Morgens beim Baden zugegen gewesen, sei mit ihnen ausgegangen usw. — Verhandlungsführer: Hat die Gräfin die Kinder geschlagen? — Zeuge: Ja, aber es waren keine Züchtigungen, wie ich früher angegeben habe, sondern nur Schläge mit der Hand auf's Hinterbein und auch keine starken Schläge. — Verhandlungsführer: Erinnern Sie sich noch des Todes des dritten Kindes Valerian? — Zeuge: Ja. — Verhandlungsführer: Ist Ihnen damals etwas aufgefallen? — Zeuge: Der Graf war nicht anwesend, er war im Saal. — Verhandlungsführer: Erhielt er Nachricht? — Zeuge: Ja, es wurde an ihn berichtet. Das Kind hat in der Todesnacht lange geschrien. Ich habe es gehört, weil ich über dem Zimmer schlief. Morgens lag das Kind tot da, ich habe es aber nicht gesehen. — Der Verhandlungsführer hält dann dem Zeugen vor, daß er früher ausgesagt und in einer eidesstattlichen Versicherung angegeben habe, er hätte das Kind in ziemlich desolater Verfassung daliegen sehen. Der Zeuge nimmt heute diese Aussage zurück. — Auf die Widersprüche zwischen seinen früheren und jetzigen Aussagen aufmerksam gemacht und nach dem Zufundekommen der eidesstattlichen Versicherungen befragt, erklärt der Zeuge, er habe damals nicht gewußt, was eine eidesstattliche Versicherung sei und was sie bedeute. Er habe damals nur

geschworen, was der Graf wollte.

Der Zeuge wird dann in ein scharfes Kreuzverhör darüber genommen, was alles in seinen eidesstattlichen Versicherungen der Wahrheit entspricht und was nicht. Er gibt zahlreiche Einzelheiten an, so, daß es zu scharf gefragt gewesen sei, daß sich die Gräfin zu wenig um ihre Kinder gekümmert habe und anderes mehr. — Der Verhandlungsführer bemerkt dem Zeugen, er hätte doch widersprechen sollen, wenn es ras seiner Meinung nicht so war, wie der Graf es ihm gesagt hätte. — Zeuge: Ich war damals Soldat und habe als solcher meinem Vorgesetzten nie etwas erwidert. Ich bin auch später noch in Abhängigkeit vom Grafen geblieben und erst heute bin ich in der Lage, die reine Wahrheit zu sagen. — Der Zeuge gibt dann weiter an, daß auch seine früheren Aussagen über die Behandlung des Kindes Valerian vor seinem Tode un- wahr gewesen seien.

Es kommt dann die Revolver-Szene zur Besprechung, bei der die Gräfin von dem Grafen bedroht worden sein soll. Der Zeuge schildert die Szene wie folgt: Es war um die Mittagszeit. Ich kam von der obersten Etage und hörte einen Wortwechsel. Unmittelbar darauf kam die Gräfin ins Zimmer und sagte: Heinrich, da hat er schon wieder das Ding. Der Zeuge hat dann die Türspalte geöffnet und ist in das Zimmer gegangen. In diesem Augenblick hat er gesehen, wie der Graf

den Revolver unter das Kissen steckt

hat. Der Graf habe am Schreibtisch gesessen, den Kopf in die Hände geküßt und habe gesagt: Heinrich, Sie wissen nicht, was ich alles durchmachen muß. Der Graf habe ihm dann später gesagt, er solle ausziehen, die Gräfin sei ruhig aus dem Zimmer gegangen. In Wahrheit sei die Gräfin bei der Bedrohung erschrocken, sie sei klug und erregt gewesen. — Graf Pfeil erklärt hierzu: Ich habe überhaupt nicht den Revolver hervor- geholt, als die Gräfin im Zimmer war. Das tat ich erst, als sie hinaus war. In dem Moment ist der Bursche gekommen

und hat den Revolver weggenommen. Der Zeuge fragt den Zeugen noch, ob dieser von dem Grafen Pfeil nach dem Weggange der Frau Gräfin den Revolver erhalten habe, den Briefwechsel des Personals zu überwachen. — Der Zeuge bejaht diese Frage.

Darauf werden die Weiterverhandlungen auf morgen früh vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages beschloß in ihrer Sitzung von Donnerstag, in die Geschäfts- ordnungskommission an Stelle des erkrankten Genossen Singer den Genossen Geyer zu entsenden.

Bei der Präsidentschaftswahl wird die Fraktion für den Kandidaten stimmen, der von der fürsten Fraktion des Hauses, die Anspruch auf den Posten des ersten Präsidenten hat, vorgeschlagen wird.

Die Fraktion beschloß, beim Etat des Reichskanzlers eine Resolution einzubringen, in der der Reichskanzler erucht wird, dafür zu sorgen, daß die Erträge aus dem Reichs- und Provinzial- und Kreis- und mahlrechtswidrige Weise so verprägt anderaumt werden, wie das bisher zumeist der Fall war.

Im Reichstagswahlkreis Nürnberg haben sich 22 sozialdemokratische Versammlungen mit dem Leipziger Parteibeschluß betreffend die Erhöhung des Grundbeitrages beschäftigt. Der Beitrag beträgt in Nürnberg zurzeit monatlich 5 Pf. Der Vorstand schlug vor, den Beitrag nicht allein auf die vom Leipziger Parteitag geforderte Höhe von 30 Pf. zu bringen, sondern 5 Pf. zu erhöhen, da die Anforderungen an die örtliche Parteikasse in hohem Grade gestiegen sind. Damit erklärten sich fast alle Versammlungen teils mit großer Mehrheit, teils einstimmig einverstanden. Nur in einigen Versammlungen entschied sich die Mehrheit für einen Monatsbeitrag von 30 Pf.

Das Denkmal der Ständerechtsopfer in Rastatt. Auf dem Friedhof der ehemaligen Festung Rastatt (Baden) wurde von Sozialdemokraten und Demokraten über dem Sammelgrab, das die Gebeine der ständerechtlich erschossenen Freiheitskämpfer birgt, ein Denkmal errichtet. Zur Pflege und Unterhaltung der historischen Stätte der badi'schen Revolution von 1849 besteht ein Fonds, der im letzten Jahre von 1101,49 Mk. auf 1046,65 Mk. zurückgegangen ist. Während in früheren Jahren einzelne Beiträge aus sozialdemokratischen Vereinen Deutschlands bezeichnet werden konnten, blieben sie im vorigen Jahre vollständig aus. Wenn die Mittel nicht weiter ausreichen und wenn die badi'sche Regierung die Erlaubnis gibt, kann an dem Gedenkeine vielleicht auch bald die Widmungs-Inschrift anbracht werden, deren Festlegung bei der Errichtung des Monuments ausdrücklich unterlag wurde — im liberalen Mutterlande.

Arbeiterbewegung.

Auf der Westfälischen Metallindustrie in Bielefeld haben am 23. Februar ca. 14 Arbeiter die Arbeit niedergelegt wegen Maßregelungen und weil eine Verklärung über die Arbeits- bedingungen von der Firma abgelehnt wurde. Es kommen bei diesem Streik der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der Christliche Metallarbeiter-Verband und der Gewerkschaften H. D. in Betracht. Es wird erwartet, den Zutug von Klempnern, Metallbrüdern, Schlossern, Drehern, Formern, Instrumentenmachern, Schleifern und Beinidern von Kippstiel fernzuhalten.

Seit dem 4. Januar waren die Arbeiter befreit, mit der Firma eine Verklärung herbeizuführen und lag es nur an dem harnischen Standpunkt der Firma, daß es zur Arbeitsnieder- legung kam.

Praktiken vom Mannheimer Industriellen-Nachweis. In der Margarinfabrik Solink in Mannheim kam ein Vorarbeiter mit seinem Weiber in Konflikt, der zu Tätlichkeiten ausartete. Der Vorarbeiter wurde entlassen. Als er beim Industriellen Arbeitsnachweis um Arbeit ging, wurde er vom Leiter des Arbeitsnachweises aufgefordert, bei seinem früheren Arbeitgeber wegen dieses Vorfalls Abbitte zu leisten. Das zu tun lehnte der Mann ab, weil ihm bitter unrecht geschähe. Darauf erklärte Dr. Wobinski: „Dann kann ich Sie nicht vermitteln! Sie müssen die Konsequenzen tragen!“

Das ist der erhebliche Einfluß, den nach Ansicht der Unter- nehmer ihre Arbeitsnachweise auf die Arbeiter ausüben sollen. Sie maßen sich damit ein Recht an, das ihnen im Rahmen des freien Arbeitsverkehrs keineswegs aussteht. Der Arbeiter bedarf dieser unternehmerischen Fürsorge und Erziehung nicht. Polizei und Justiz sorgen schon in ausreichendem Maße für sein Wohlverhalten im Staate. Wäre der Arbeiter in diesem Falle strafrechtlich zu fassen, so hätte man das gewiß nicht verdammt in die Wege zu leiten, ihn aber deshalb seiner Erziehung völlig zu berauben, ist unerhört. Zu den vielfältigen Praktiken des Industriellen-Nachweises gesellt sich nun also noch die, daß er sich als eine Art Privat-Justizbehörde etabliert. Doch — mißliebige Arbeiter werden ja nicht gekennzeichnet, so hat mindestens die Staatsanwaltschaftliche Untersuchung ergeben.

Beginn: Sonnabend, den 26. ds. Mts.

Massen-Verkauf unserer anerkannt bewährten Schuhwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Nur solange Vorrat:

Herren-Wischleder-Zugstiefel, gewalzt, starker Strapsstiefel, jetzt nur 5.50	Damen-Schnürstiefel, Boxchrom, auffallend billig, jetzt nur 5.35	Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel, 27-30 21-25, Wischleder, stark, Schulstiefel, jetzt nur 2.90 3.40
Herren-Schnürstiefel, braun, echt Ziegenleder, jetzt nur 5.90	Damen-Schnürstiefel mit Lackkappe, Chevreux-horn, jetzt nur 5.90	Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel, Boxchrom, eleg. Ausfüh., je nach Grössl., jetzt nur 3.40, 3.90, 4.40, 4.90
Herren-Schnürstiefel, mit und ohne Lackkappe, Boxhind und Caramleder, jetzt nur 6.20	Damen-Knopfstiefel, prima Boxcatf, elegante Ausfüh., jetzt nur 6.50	Knaben-Schnürstiefel, Is Boxhind, bewährt, Qualität, je nach Grössl., jetzt nur 4.90, 5.40, 5.90, 6.40

Grosze Posten Damen- und Herren-Schnürstiefel sonst Mk. 12.50, Original Goodyear-Welt jetzt nur 10⁵⁰

Schuhwaren-Fabrik

MAX TACK

Verkaufshaus Breslau:

nur Reusche-Str. 16/17

Ecke Neuenweltgasse, 5 Schaufenster.



Schlehen, Posen und Nachbargebiete.
Aus dem Reiche der Textil-Firma S. Fränkel
in Neustadt O. Schl.

Aus den Kreisen der Neustädter Textilarbeiterschaft erhalten wir folgende Zuschrift: Schon mehrmals waren wir gezwungen, die Maßnahmen der Firma S. Fränkel öffentlich zu kritisieren. Das müssen wir auch heute, und zwar etwas ausführlicher besorgen. Grund dazu bietet unsere letzte Lohnbewegung. Außer der Abstellung einiger Mängel, zum Beispiel Stubtreinigung und Regelung der Krankentafelbeiträge usw., sind ganze 5 Prozent Lohnzulage das Resultat der Lohnbewegung. Alles andere, besonders die Hauptforderungen (Arbeiterausschuss und Lohnabellen) sind abgelehnt, mindestens auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden. Zu bedauern ist nur, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht stark genug ist, um einen derartigen Lohn energisch zurückweisen zu können. Denn als Lohn kann es nur bezeichnet werden, wenn man die Verhältnisse der hiesigen Textilarbeiter in Betracht zieht. Wie sagte doch einer der Herren Fabrikbesitzer bei den Verhandlungen? Nehmen wir zum Beispiel 5 Prozent Lohnzulage an. Da werden die Arbeiter sagen, 5 Prozent ist gar nichts, 5 Prozent ist für die Fabrik, und ich sag's auch. Aber was bedeuten 5 Prozent für mich? 100.000 Mark pro Jahr Mehrauszahlung. Auf den Einwand, daß die Unternehmer in den seltensten Fällen Lohnzulage gewähren, wenn es ihnen nicht gleichzeitig möglich ist, den Warenpreis zu steigern, erwiderte er: Anders geht's auch gar nicht, wenn es mir gelingt, höhere Preise durchzusetzen, bin ich nicht abgeneigt, Lohnzulage zu gewähren. Dabei kann ich vielleicht noch ein gutes Geschäft machen. Was für ein Geschäft die Firma dabei macht, beweist, daß es ihr möglich war, einen Preisaufschlag von 8 Prozent durchzusetzen. 5 Prozent Lohnzulage, 8 Prozent Preisaufschlag, das ist ein Geschäft. — Wie wirkt nun diese Lohnhöhung bei den Arbeitern? — Einkommen hat sich um 15 bis 120 Pfennig pro Woche erhöht. Letzteres nur bei einem verschwindend kleinen Teile der Arbeiter. Den wirklichen Lohn kann sich jeder an der Hand der Zulage selbst berechnen, will man sich einen Begriff von dem herrlichen Leben eines Textilfabrikanten der Firma S. Fränkel machen. Wenn auch bei einzelnen (Wohnhäuser mit Doppelmaschinen bei Schriftdruck) die 2 Prozent Zulage zu verzeichnen sind, haben doch andere (wozu noch weniger als 1 Prozent Zulage zu verzeichnen. So erhalten zum Beispiel die Arbeiter der Allradarbeit Zulage überhaupt nicht. Uebrigens verlohnt es sich nicht, näher darauf einzugehen. Alles in allem genommen eine Lohnhöhung „für die Fabrik“. Und nun wünscht die Firma noch, daß die Arbeiter zufrieden sein sollen. „Etwas habe ich Euch bewilligt, etwas werde ich noch tun, aber alles ist nicht möglich. Ich weiß ganz genau, hätte ich in der Hauptsache nachgegeben (Arbeiterausschuss und Lohnabellen), das hätte Ende wäre nach gekommen.“ So äußerte einer der Herren der Firma. Ferner wünschte er, daß nicht alles in die Zeitung kommen soll, wenn etwas mal nicht so recht passen will. Wir erwidern der Firma, daß, wenn es möglich wäre, mit der Firma eine Verständigung zur Zufriedenheit der Arbeiter zu erzielen, wir keine Veranlassung haben, uns an die Öffentlichkeit zu wenden. Bei Beratung der Finanzregulierung der Stadt hat sich Herr Pinus, auch an die Öffentlichkeit gewandt. Er sagte da unter anderem: So schlecht seien die Verhältnisse denn doch nicht, wie sie hingestellt würden. Die Durchschnittslöhne bei der Firma Fränkel (er selbst ist ja Besitzer), die wohl zumeist in Betracht kommen, betrugen vor 20 Jahren 400 Mark, vor 3 Jahren 600 und im vorangegangenen Jahre 614 Mark, und da diese auf 51 Wochen berechnet waren, so dürfte man als Durchschnittslohn 650 bis 660 Mark annehmen. In diesem Jahre habe die Firma wieder 5 Prozent Lohnzulage gegeben, und im Hinblick auf die Teuerung gern gegeben. Wenn auch von diesen Leuten 2 bis 4 Mark Kanalsteuer gezahlt werden müsse, so sei das nicht viel.“ Erst gibt man im Hinblick auf die Teuerung, die, nebenbei gesagt, in wenigen Jahren die Lebensbedürfnisse um 30 Prozent in die Höhe getrieben hat, und dann nimmt man dem Arbeiter durch neue Steuern wieder die armselige Aufbesserung.

Die Statistik der Firma spricht übrigens Bände. Sie zeigt, wie miserabel der Lohn früher war, und wie unzulänglich er noch ist. Erklärt aber auch zugleich das ungeheure An-

wachsen der Reichtümer der Firma, etwa, wie es möglich ist, im Laufe zweier Menschenalter vom Hausierer oder Händler zum bleifachen Millionär zu steigen. Und nicht etwa handelt es sich um einen Millionär, es sind vielmehr mehrere Familien an dem Gewinn beteiligt, die, jede für sich, mit Millionen rechnen. Recht sonderbar liest sich in dieser ganzen Affäre die öffentliche Berichterstattung über die Lohnbewegung. Der Berichtserfasser für das christliche Fachblatt kommt zu der Ueberszeugung, „daß die Erfolge unserer Lohnbewegung als bestrebend bezeichnet werden können.“ Nun scheinen die christlich organisierten Arbeiter denn doch nicht ganz zufrieden zu sein. Denn vier Tage später erschien in der „Neustädter Zeitung“ ein anderer Bericht, vom christlichen Gewerkschaftssekretär Jungnickel geschrieben, der genau das Gegenteil behauptete. Wer ist nun das Rätsel? Hier liegt das Doppelspiel der christlichen Herren offen zutage. Nach außen rühmt man sich der Erfolge, am Orte, um Arbeitern und auch Unternehmern gerecht zu werden, schmachtet man beiden, gibt Lob und Tadel aus einem Saad. Die Arbeiter erkennen aber, wo ihre wahren Freunde stehen, und die sind zu bedauern, die Hilfe und Trost beim Zentrum und seinen Mitläufern suchen.

Deshalb Kollegen und Kolleginnen, laßt uns Wert der Aufklärung. Nicht mißmutig wollen wir großen, daß bei der ersten Lohnbewegung so wenig herausgekommen ist, nein, es soll uns ein Ansporn sein, alle unsere Kraft in den Dienst unserer guten und gerechten Sache zu stellen, damit wir das nächste Mal, und zwar recht bald, den Textilbaronen am Orte zurufen können: Wir kommen als Vertreter der Mehrheit. Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten, nie kampf es sich schlecht für Freiheit und Recht!

Guhrau, 25. Februar. Machtbefugnisse eines Amtsvorstehers. Wie jene ungekrönten Könige auf dem Lande oft ihre Amtsgewalt gebrauchen, um mißliebigen Leuten Schwierigkeiten zu bereiten, zeigt folgender Fall: Die Zahlstellen der hiesigen Gewerkschaften beabsichtigten an einem der nächsten Sonntage in einem Lokale in Neuzin (zum Anbau des Amtsvorstehers gehörig) ein Wintervergütigen abzuhalten. Dem Wirte wurde die Erlaubnis rundweg abgeschlagen, da zwischen diesem und dem Amtsvorsteher ein sehr gespanntes Verhältnis bestehen soll. „Wir müssen ihm die Kanbare fetter anzusehen!“ lautete hier an den Kaiserhof erinnerte Bescheid, der dem die Anmeldung persönlich vordringenden Arrangeur zuleit wurde. Trotzdem der Amtsvorsteher garnicht berechtigt ist, eine geschlossene Gesellschaft zu verbieten, mußte man bei seinen angeblichen Nachbefugnissen auf weitere Schwierigkeiten oder gar Unannehmlichkeiten gefaßt sein. Deshalb halten die Gewerkschaften das Vergütigen bei einem anderen Wirte ab. Natürlich, trotz der Beschwerdebeweg gegen den nicht gerade übermäßig gesetzeskundigen 76jährigen Amtsvorsteher beschritten werden, um für künstliche Fälle nicht ähnlichen Dingen ausgelegt zu sein. Das „Wohltun“ an zuständiger Stelle ist eben, entgegen den Versprechungen vom Ministerliche, immer noch nicht geschwunden, und eine Aufklärung über die fraglichen Paragraphen im Reichsvereinsgesetz wäre vielleicht nicht unangebracht.

Laasan, 25. Februar. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich, indem der Kutscher Wilhelm Meiß von hier beim Holstammeschleppen in Koshöhe unter eine 25 Meter lange Kiefer kam und ein Stück mitgeschleift wurde. Der Verunglückte, der besinnungslos liegen blieb und wahrscheinlich außer einem Rippenbruch noch innerliche Verletzungen haben wird, fand im Johanniterkrankenhaus in Saarau Aufnahme.

Neustadt O. Schl., 22. Februar. Schwarze Listen gegen Mieter. Dieses System macht Schule. Auch die hiesigen Hausagrarier haben sich diese schädliche Waffe des Kapitalismus zu eigen gemacht. Natürlich unter einem anderen, weniger verhängnisvollen Namen. Schulkiste gegen sämtliche Mieter nennen es die Herren. Und sie brauchen nur noch hinzuzufügen, gegen alle reichlich mit Kindern begabte Mieter. Damit wäre der richtige Zweck dieser Einrichtung gekennzeichnet. Da es jetzt doch allgemein Sitte geworden, daß beim Mieten einer Wohnung, sich der Hauswirt angelegenlich nach der Anzahl der Köpfe der Familie des Mietenden erkundigt, und bei zu vielen Kindern eine Abgabe erfolgt. Dem meist schwer um seine Grissen ringenden Arbeiter wird auch von dieser Seite kein Rücksicht entgegen gebracht, und es heißt auch in diesem Falle: Vogel frei oder stirb. Mit welchen Köpfen ohnedies eine

große Anzahl solch armer Teufel stricken müssen, geniert die Wirte durchaus nicht. Sie verlangen ihr schweres Geld und damit basta. Es wäre wirklich an der Zeit, als Gegenmaßregel einen Mieterverein zu bilden und ihnen klar zu machen, daß auch Hausagrarier-Übermacht eine Grenze hat.

Reußen O. Schl., 25. Februar. Drei Fingerringe abgehaut. Auf einem hiesigen Gebirg hatte eine Frau Hoch. Der hochaltrige Sohn des Hirsches Walchert und das vierjährige Stöckchen des Straßenbahnfahrers G. L. o. m. a. l. i. spielten im Hofe. Die Frau, die zerfeinertes Holz in die Wohnung trug, ließ die Art im Hofe liegen. Der Sohn des Hirsches Walchert ergriff die Art, hob sie in Höhe und ließ sie wieder auf den Holstamm fallen. Das Stöckchen des Glogowski hielt zuflüchtig die linke Hand auf dem Holstamm und beim Niederfallen der Art wurden ihm der kleine, Gold- und Mittelfinger glatt von der Hand abgehaut.

Gleitwitz, 25. Februar. Furchtbare Tod. In der hiesigen Drahtfabrik erlitt der Arbeiter Klein einen furchtbaren Tod dadurch, daß ein allhender Draht sich mehrfach um ihn schlang, ihn einflammerte und entsetzlich verbrannte.

Kattowitz, 25. Februar. Grubenunglück. Auf der Vereinigten Giesegrube (Schacht Köhner) ging durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses ein großes Kohlenfeld zu Bruch. Es wurden mehrere Verletzte eingeschüttelt. Ein Toter, sowie ein tödlich Verletzter wurden bisher geborgen. Die beiden Verunglückten sind Italiener.

Posen, 25. Februar. Lebensmüde. Aus einem urben der Sprengfabrik an der Wallstraße unmittelbar an der Warthe gelegenen Hause sprang am Mittwoch Mittag eine gut gekleidete Dame, eine Buchhalterin, aus einem Fenster in die Warthe. Die Kleider hatten sich beim Sprunge ausgebreitet, so daß die Lebensmüde über Wasser gehalten wurde. Sie konnte bei den ersten Näheren an der Umschlagstelle von Schiffen aus dem Wasser bewußtlos herausgezogen werden. Doch starb sie infolge Herzschlags. Die Leiche wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Posen, 25. Februar. Im Irrenn erschossen. Im Irrenn erschoss sich der Propst Komalaki in Storzewo, Kreis Posen-West. Der Propst war 41 Jahre alt. Also meldet der Telegraph. Da die katholische Kirche den Selbstmord verbietet, ist ein Propst, der sich erschießt, natürlich irrsinnig. Warum? Weil er sich erschießt.

Briefkasten.

- Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskünfte wird nur ausnahmsweise erteilt.
- F., Mehlgasse.** Wer in diesem Jahre Altersrente verlangt, muß mindestens 700 Mark erhalten haben; es fehlen also bei Ihnen 16 Mark, die noch gelebt werden müssen.
- S., Schweidnitz.** Fritz Köchel, Waidenburg.
- K. R.** Der Krankenkassen-Kontrollleur ist berechtigt, nach acht Uhr Abends zu kontrollieren.
- P. F., Glas.** Für die Zeit des Auslegens können Sie eine Entschädigung verlangen.
- S. W., Alsenstraße.** Verlangen Sie vom Gericht eine Abschrift des Vermögens-Verzeichnisses.
- Sch., Adalbertstraße.** Das große Schne-Umweiser in Breslau war am 19. und 20. April 1903.
- Zeichner.** Der Simplicissimus in München erscheint wöchentlich ein Mal; jede Nummer kostet 30 Pf.
- Ne. 100.** 1. bis 3. Sie haben offenbar einen schriftlichen Mietvertrag abgeschlossen. Da wir dessen Inhalt nicht kennen, ist es uns nicht möglich, Ihnen die gewünschte Auskunft zu geben. Schreiben Sie uns den Mietvertrag. 2. Die Sachen, die im Haushalt unentbehrlich sind (Möbel, Betten usw.), darf der Wirt nicht pfänden.
- K. B. C.** ist schon jahrelang Abonnent unserer Zeitung.

Aus der Geschäftswelt.

Auf den Inventur-Räumungs-Verkauf von Speiers Schuhwarenhause, Ohlauerstraße 87, Ecke Ring, sei auch an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht.

Schuh-Sport

Eröffnung
Sonnabend, den
26. Februar
 nachmittags 4 Uhr



Einheitspreis **6.75**
 für
Damen- u. Herrenstiefel

Wir bringen in dieser Preislage etwas Ueberraschendes.

Schuh-Sport **2 Schmiedebücke 2** **Schuh-Sport**
 — neben E. Breslauer. —
 Beachten Sie bitte unser Schaufenster.

